

NEUE ZEIT

W O C H E N S C H R I F T

I N H A L T

Vom wirklichen und vermeintlichen Volkswillen	1
S. IWANOW — Die sozialdemokratischen Parteien und die Einheit der Arbeiterbewegung	4
W. AWARIN — Zur Lage in China	8
W. MINAJEW — Die Hitlerfaschisten in der Illegalität	13
Internationale Umschau (Notizen)	18
A. NASAROWA — In Jugoslawien (Notizen einer Korrespondentin) .	23
Kritik und Bibliographie:	
A. BORISSOWA — Über die progressiven Tendenzen in den englischen Trade-Unions	27
Chronik der internationalen Ereignisse	31

25

20. Juni 1947

VERLAG DER ZEITUNG „TRUD“ — MOSKAU

Schriftleiter: W. BERESIN

Moskau, Arbat, Kalaschni pereulok 12.

Vom wirklichen und vermeintlichen Volkswillen

Die Ereignisse, die sich in den letzten Wochen in einer Reihe europäischer Länder abgespielt haben, liefern mehr lehrreiches Material für die Beurteilung wirklicher und vermeintlicher Demokratie, als ganze Bibliotheken mit völkerrechtlichen Werken es liefern könnten.

In Italien hat die Führung der Christlich-Demokratischen Partei die Koalition der drei Parteien, die der nach den Wahlen vom Juni v. J. gebildeten Regierung angehörten, gesprengt. Bei diesen Wahlen hatten die drei Parteien — die Christlich-Demokratische, die Kommunistische und die Sozialistische — die überwiegende Mehrheit der Stimmen und Mandate erhalten, und zwar die Christlichen Demokraten 35,2, die Sozialisten 20,7 und die Kommunisten 18,9 Prozent der Stimmen. Während der Wahlkampagne sprachen die Funktionäre aller drei Parteien, darunter auch die der Christlich-Demokratischen Partei, von ihrer Ergebenheit für die Republik und von ihrer Bereitschaft, die längst fälligen Reformen durchzuführen. Die Christlichen Demokraten versicherten den Massen, sie wollten das Land in enger Gemeinschaft mit den Kommunisten und Sozialisten, den Vertretern der Arbeiterklasse, lenken. Unter dieser Bedingung gaben Millionen werktätiger Katholiken Italiens ihre Stimme für sie ab.

In der nach den Wahlen gebildeten italienischen Regierung betrieben die Christlichen Demokraten eine wohldurchdachte Sabotagepolitik. Sie lähmten die Tätigkeit der Regierung, schoben alle fälligen Reformen auf die lange Bank und sabotierten das Regierungsprogramm, mit dessen Hilfe das Land finanziell und ökonomisch saniert werden sollte. Das Resultat waren Inflation, Preissteigerung, ein unverhältnismäßig großes Defizit im Staatshaushalt. Diese Sabotagepolitik hatte das Ziel, das Land zum Vasallen der USA zu machen. De Gasperi, der schon lange eine politische Krise zu provozieren trachtete, hielt den Moment für gekommen, um die Regierung zu Fall zu bringen und ein Kabinett zu bilden, das nur aus

christlichen Demokraten sowie aus direkten Vertretern der Monopolinteressen besteht, die als „parteilose Fachminister“ der Regierung angehören. Faktisch ist jetzt an die Stelle der früheren Regierung der drei Massenparteien eine Koalition der Christlich-Demokratischen Partei mit den Liberalen, den Qualunquisten und Monarchisten getreten. Die amerikanischen Knechtschaftsanleihen bilden den Hauptpunkt ihres Wirtschaftsprogramms. In den Debatten der Verfassunggebenden Versammlung erhielt das Programm der neuen Regierung eine beredte Charakteristik, man sagte von ihm, es gebe den Börsenjobbern und Spekulanten freie Hand und widerspreche den Interessen der überwiegenden Mehrheit des italienischen Volkes. Nicht einmal alle Abgeordneten der neu zusammengezimmerten Koalition können sich entschließen, für dieses Programm zu stimmen. Offener und gräßlicher kann der Volkswille wohl kaum verletzt werden, als die Leitung der Christlich-Demokratischen Partei es tut, die sich unverhüllt auf amerikanische Hilfe stützt.

Wer mit dem Mechanismus der „westlichen Demokratie“ vertraut ist, könnte fragen: was ist denn hieran weiter verwunderlich? Die Christlichen Demokraten Italiens sind nicht die ersten und auch nicht die letzten Politiker der „westlichen Demokratie“, die den Willen des Volkes mit Füßen treten. Nach Beispielen braucht man nicht lange zu suchen. Wer kennt nicht eine gewisse Partei in einem gewissen Staat, die die Stimmenmehrheit auch deshalb erhielt, weil sie dem Volke versprach, freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion herzustellen, und die dann eine solche Diehardspolitik zu treiben begann, daß sich die Konservativen alle zehn Finger danach ablecken können?

Ein anderes Beispiel: Frankreich. Im November v. J. gingen die Sozialisten unter der Parole „Drei Parteien“ zu den Wahlen, mit anderen Worten, sie versprachen dem Volk, daß der

Regierung Vertreter der drei größten Parteien, der Kommunisten, der Katholiken (Volksrepublikanische Bewegung) und der Sozialisten angehören sollen. Bei den Wahlen erhielt die Kommunistische Partei die meisten Stimmen und Mandate.

Was aber müssen die verwunderten Völker jetzt erleben? Die Washingtoner Präsidenten auf die Vormundschaft über die europäischen Völker brauchten nur zu zwinkern, da beeilte sich der an der Spitze des französischen Kabinetts stehende Sozialist Ramadier, die kommunistischen Minister loszuwerden, indem er einfach die Vertreter der Mehrheit der französischen Arbeiterklasse aus der Regierung ausschloß, noch dazu in einem Augenblick, wo sich das Land vor ernste, schwierigste Aufgaben des Nachkriegsaufbaus gestellt sieht, die ja von den Menschen mit schwieligen Händen und schöpferischem Intellekt, von den physisch und geistig Schaffenden zu erfüllen sind.

Man könnte auch hier sagen: so war es und so wird es bleiben! Glücklicherweise gibt es heute aber auch andere Beispiele, es gibt eine Reihe durch die Sowjetarmee vom Hitlerjoch befreiter Länder, in denen der Volkswille nicht mehr Schall und Rauch ist.

Dies zeigen namentlich die Ereignisse in Ungarn. Hier haben sich einige durchtriebene Politiker bemüht, das Volk zu hintergehen und zu verraten. Aber sie haben sich verrechnet.

Als unter den Schlägen der Sowjetarmee das faschistische Horthyregime zusammenstürzte, warfen sich einige Horthyleute — Ferenc Nagy, Béla Kovács, Béla Varga und andere — schleunigst das Mäntelchen von „Demokraten“ um. Von der Tribüne der Partei kleiner Landwirte herab beeuerten sie ihre Liebe zum Volke, ihre Ergebenheit für die Demokratie, ihre Bereitschaft, gemeinsam mit den Vertretern der Arbeiterklasse die Verantwortung für das Land zu übernehmen, den feudalen Bodenbesitz, diese wichtigste soziale Stütze des ungarischen Faschismus, aufzuheben und den Boden den Bauern zu übergeben. Gleichzeitig aber rüsteten sie in der Stille ihrer Kabinette zum meuchlerischen Stoß gegen die ungarische Demokratie. Sie organisierten ein antirepublikanisches Komplott, das Ziele verfolgte, die den offiziell geleisteten lügnerischen Versprechungen und den Schwüren dieser getarnten Horthyanhänger direkt widersprachen. Sie wollten der faschistischen Horthyclique wieder zur Macht verhelfen, den Bauern den Boden abnehmen und ihn den Gutsbesitzern zurückgeben, die demokratische Verfassung Ungarns durch eine faschistische ersetzen, der Arbeiterklasse eine Bürde aufladen, die sie tief zu Boden gedrückt hätte.

Hier aber zeigte sich die Überlegenheit der in den befreiten Ländern Osteuropas entstandenen neuen Demokratie. Die ungarischen Eidebrecher konnten ihre abscheulichen Pläne nicht in die Tat umsetzen. Die strafende Hand der Justiz ereilte die meisten, und sie erhalten nun ihren verdienten Lohn. Andere sind feige entflohen, da sie sich fürchteten, vor dem Richterstuhl des ungarischen Volkes zu erscheinen, das sie verraten und verkaufen wollten. Die Praxis hat gezeigt, daß in den Ländern der neuen Demokratie der Volkswille kein leeres Wort ist und daß das Volk niemandem erlaubt, seinen Willen mit Füßen zu treten.

Gewisse Kreise Englands und der USA wollen die Sache so sehen, als habe bei den Ereignissen in Ungarn — Moskau seine Hand im Spiel! Dabei verraten sie sich selbst gründlich. Offenbar begreifen sie tatsächlich nicht, wie ein Volk es wagen kann, auf der Befolgung seines Willens zu bestehen. In ihrer Vorstellung erschöpft sich ja der Begriff der Demokratie damit, daß dem Volk einmal in Jahren gestattet wird, durch Stimmabgabe zu entscheiden, welche Gruppe von Politikastern in seinem Namen handeln soll, ohne daß man sich im geringsten um seine wirklichen Interessen oder um die eigenen Wahlversprechungen kümmert. Während ihrer ganzen Amtszeit wagt das Volk nicht, seine Stimme zu erheben, auch wenn es sieht, daß seine Interessen gründlich verletzt werden und daß man es einen falschen, manchmal sogar einen einfach verderblichen Weg führt.

Was ist eigentlich in Ungarn vorgefallen? Die Umstellungen im Kabinett sind dort weder durch eine politische Krise noch durch Einmischung von außen hervorgerufen, wie das z. B. seinerzeit in Griechenland der Fall war, wo die englischen Okkupanten über die Zusammensetzung der Regierung bestimmten. In Ungarn wurden die Veränderungen in der Regierung dadurch hervorgerufen, daß der ehemalige Ministerpräsident Ferenc Nagy, der als Teilnehmer des antirepublikanischen Komplotts entlarvt wurde, selbst zurücktrat und ins Ausland floh. Die zuständigen ungarischen Stellen — Parlament und Präsident — ersetzen ihn ganz normalerweise und im Einklang mit der Verfassung durch einen neuen Ministerpräsidenten, der derselben Partei kleiner Landwirte angehört, deren Mitglied auch Nagy gewesen war. Diese Partei hat im Parlament die Mehrheit und gehört der Regierungskoalition an. In der ungarischen Regierung, an deren Spitze Lajos Dinnyés steht, haben die Koalitionsparteien ihre früheren Ministerportefeuilles behalten. Die Regierung ist in ihrer Zusammensetzung in der Hauptsache unverändert geblieben. Die Führer aller Koalitionsparteien und der Präsident der

Republik haben dieser Regierung ihr Vertrauen ausgesprochen, und das Parlament hat ihre Vollmachten bestätigt. Hinter ihr steht die Mehrheit des ungarischen Volkes. Gegen diese Regierung nun branden die trüben Wogen der Weltreaktion.

Wenn die Diplomaten Englands und der USA gegen die Sowjetbehörden die Anschuldigung aus der Luft greifen, sie seien dem Statut der Alliierten Kontrollkommission gegenüber illoyal gewesen, so erklärt sich das nur aus ihrer Gereiztheit darüber, daß die sowjetischen Besetzungsbehörden in Ungarn die Aussagen Béla Kovács', eines Organisators des Horthykomplotts, der sich nebenbei auch eine verbrecherische Tätigkeit gegen die Sowjetarmee zuschulden kommen ließ, den ungarischen Behörden übergeben haben. Die Aussagen betrafen innere Angelegenheiten Ungarns und hatten nichts mit der Tätigkeit der Alliierten Kontrollkommission zu tun.

Die Diplomaten Englands und der USA vergessen offensichtlich, daß die Deklaration von Jalta über das befreite Europa die Verpflichtung enthält, in den befreiten Ländern Ordnung herzustellen und ihr nationales und ökonomisches Leben „so umzugestalten, daß die befreiten Völker die Möglichkeit haben, die letzten Spuren des Nazismus und Faschismus zu vernichten und demokratische Institutionen nach eigener Wahl zu schaffen.“

Da die sowjetischen Besetzungsbehörden in Ungarn durch ihre Maßnahmen das ungarische Volk bei der schweren und verantwortlichen Aufgabe unterstützt haben, die letzten Spuren des Nazismus und Faschismus zu vernichten, so können alle wahren Anhänger des Friedens diese Maßnahmen nur begrüßen und wünschen, das seien wirklich die letzten Spuren des Nazismus gewesen.

In Ungarn schafft die Mehrheit des Volkes demokratische Institutionen und bildet eine Regierung nach eigener Wahl. Das paßt denen nicht, die das griechische Volk daran gehindert haben, den gleichen Weg einzuschlagen, denen, die die Verpflichtungen von Jalta über die Unterstützung der demokratischen Kräfte in ihren Worten und Taten, mit ihrem Sinnen und Trachten verletzen.

Die Reaktionäre Englands und der USA machen sich lächerlich, wenn sie zettern, in Ungarn werde der Volkswille beeinträchtigt. Warum sollte denn das ungarische Volk gerade den Horthyverbrechern, den Feinden der Bodenreform, den Verrätern folgen? In England und in den USA meinen wohl manche, die Karausche lasse sich mit Freuden in Sahne dünsten, und ebenso ließe sich auch der ungarische Bauer gern vom Gutsbesitzer das Fell über die Ohren ziehen,

der ungarische Arbeiter und überhaupt die Werkstätigen der Städte ließen sich mit Wonne von einheimischen und ausländischen Monopolherren ausplündern.

Die Reaktionäre Englands und der USA faseln von einer „versteckten Einmischung der Sowjetunion“ in die inneren Angelegenheiten der befreiten Länder Osteuropas, beanspruchen aber gleichzeitig für sich selbst das Recht, sich in diese Angelegenheiten einzumischen zu können, und fordern, daß den Völkern ein fremder Wille aufgezwungen wird. Sie möchten Gelegenheit haben, einzelnen Völkern Minister und Ministerpräsidenten aufzudrängen, wie sie es in einigen europäischen und nicht nur in europäischen Ländern tun. Daraus kann aber nichts werden!

Daraus kann schon deshalb nichts werden, weil die vom Hitlerjoch befreiten Völker sich nicht ins Joch irgendeines anderen fremdländischen Imperialismus spannen lassen wollen. Daraus kann deshalb nichts werden, weil die Demokratie des 19. Jahrhunderts, die im Vergleich zum Absolutismus einen Fortschritt bedeutete, heute den Bestrebungen der Völker nicht mehr entspricht.

Einst, zu Zeiten des Absolutismus, hieß es: *voluntas regis — suprema lex*, der Wille des Königs ist oberstes Gesetz. Die aus der französischen Revolution und dem amerikanischen Unabhängigkeitskrieg hervorgegangene Demokratie des vorigen Jahrhunderts verkündete: *voluntas populi — suprema lex*, der Wille des Volkes ist oberstes Gesetz. Im Namen des Volkes aber sprach und handelte seine begüterte Minderheit. Die Ideologen der regierenden Klassen versicherten, diese privilegierten Elemente verständen und vertraten die Interessen des Volkes besser, als das Volk selbst.

Es ist an der Zeit, zu begreifen, daß derartige Vorstellungen im 20. Jahrhundert hoffnungslos überholt sind. Die Gewaltpolitik gegenüber den Volksmassen und die Versuche, kleinen Staaten einen fremden Willen aufzudrängen, stoßen auf entschlossenen Widerstand. Allein schon die Existenz der Sowjetunion ist ein Faktor, der die internationale Lage von Grund auf verändert. Die vom Sowjetstaat betriebene konsequente Friedenspolitik, die Verteidigung der souveränen Rechte der kleinen Staaten durch die Sowjetunion, ihre Achtung vor dem Willen der Völker — der großen wie der kleinen — gibt diesen die Gewißheit, daß sie mit Erfolg für ihre Rechte kämpfen können. Es wird immer schwieriger, mit dem Begriff der formalen Demokratie zu jonglieren und dem Volkswillen die Willkür durchtriebener Politiker zu unterschieben, die im Dienste der Börsenjobber, der Bankiers oder Großgrundbesitzer stehen.

Die sozialdemokratischen Parteien und die Einheit der Arbeiterbewegung

S. IWANOW

IN DEN TAGEN vom 7. bis 9. Juni fand in Zürich die sechste internationale Sozialistenkonferenz statt. Vertreten waren die sozialistischen (oder aber labouristischen) Parteien von 19 Ländern. Auf der Tagesordnung der Konferenz stand u. a. die Frage der „endgültigen Rekonstituierung der Sozialistischen Internationale“.

Von der ersten internationalen Sozialistenkonferenz, die im Dezember 1944 in London stattfand und speziell einberufen worden war, um die Frage der „Wiederherstellung der Internationale“ zu erörtern, wurde diese Erörterung bekanntlich vertagt. Die zweite Konferenz, die im März 1945 wiederum in London tagte, setzte eine Kommission ein, um ihre Wiederherstellung vorzubereiten. Allein auf der dritten Konferenz, die in der englischen Stadt Clacton-on-Sea Mitte Mai 1946 stattfand und auf der zum erstenmal die sozialistischen Parteien Ost- und Südosteupas vertreten waren, nahm die Frage der „sozialistischen Internationale“ eine andere Wendung. Es handelte sich nicht mehr um die Wiederherstellung der internationalen Organisation sozialistischer Parteien, wie sie vor dem Kriege bestanden hatte, sondern lediglich um die Herstellung einer gewissen Zusammenarbeit dieser Parteien. Die Konferenz verzichtete also auf die Schaffung einer Internationale und beschränkte sich auf die Einsetzung eines Büros für Verbindung und Information — einer Art Hilfsbüro bei der außenpolitischen Abteilung des Vollzugsausschusses der englischen Labourpartei.

Auf der vierten internationalen Sozialistenkonferenz, die im August 1946 in Paris tagte, wurde die Frage der Internationale überhaupt nicht angeschnitten. Auf der fünften Konferenz, die Anfang November 1946 in Bournemouth (England) tagte, gingen die Meinungen der einzelnen Delegationen in der Frage der Internationale auseinander, so daß die Konferenz gezwungen war, ihre Wiederherstellung offiziell als unmöglich und unzweckmäßig zu bezeichnen. Die Konferenz schuf indessen ein Konsultativkomitee, ein Informations- und Verbindungsbüro der Sozialisten, das gleichfalls der außenpolitischen Abteilung des Vollzugsausschusses der Labourpartei angegliedert wurde. Dieses Büro erhielt den

Auftrag, zwischen der englischen Labourpartei und den anderen sozialistischen Parteien sowie zwischen diesen letzteren selbst Kontakt zu halten. Das Komitee sollte nach Bedarf periodisch Konferenzen der sozialistischen Parteien einberufen zwecks Informations- und Meinungsaustausches.

Sowohl auf der Konferenz in Clacton als auch auf der in Bournemouth wurde die Aufmerksamkeit der Delegierten der englischen Labourpartei und der sozialistischen Parteien Belgiens, Hollands, Österreichs und der skandinavischen Länder hauptsächlich von dem Problem der deutschen Sozialdemokratie in Anspruch genommen. Die Delegierten hielten es für notwendig, die deutsche Sozialdemokratische Partei Schumachers in die geplante Internationale einzubeziehen und ihr im Kampf gegen die Tätigkeit und den Einfluß der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands moralisch-politische und andere Hilfe zu gewähren. Diese Fürsorge für die Partei Schumachers trug einen so herausfordernden Charakter, daß ein Vertreter der sozialdemokratischen Parteien Osteupas die Frage stellte: „Versucht England nicht, die deutsche Sozialdemokratie als ein Werkzeug des Kampfes gegen die Sowjetunion auszunutzen?“

Die Beschlüsse der Konferenz von Bournemouth bedeuteten die förmliche Liquidation der schon längst gestorbenen II. Internationale. Gleichzeitig wurde die Schaffung einer neuen sozialistischen Internationale kategorisch abgelehnt.

In allen Reden während ihrer Reisen durch die europäischen Länder betonten die Führer der Labourpartei ganz besonders, von welcher Bedeutung der Verzicht der Bournemouther Konferenz auf die Schaffung einer neuen Internationale sei. Trotzdem wurde die Frage der Internationale auf der Zürcher Konferenz erneut aufgeworfen. Die Konferenz verhandelte hinter verschlossenen Türen. Nachrichten über die geführte Diskussion liegen vorläufig nicht vor. Man weiß jedoch, daß die Konferenz beschlossen hat, „eine Kommission zu schaffen für die Feststellung der theoretischen Grundlagen, Aktionsmethoden und Funktionen einer sozialistischen Internationale“. In dem Beschuß wird erklärt, der Bericht der erwähnten Kommission werde erst ein Jahr nach

ihrer Bildung zur Erörterung gestellt werden. Mit anderen Worten, die Frage wurde erneut aufgeworfen und erneut vertagt.

Also auf allen internationalen Sozialistenkonferenzen, von der Londoner Konferenz im Dezember 1944 bis zur Zürcher Konferenz im Juni 1947, die auf Initiative des Vollzugsausschusses der englischen Labourpartei einberufen und von ihm dirigiert wurden, geschieht immer ein und dasselbe: die Frage der Internationale wird aufgeworfen, behandelt und vertagt. Gleichzeitig wiederholt sich eine etwas unerwartete „geschäftsordnungsmäßige“ Prozedur: die nichtexistierende und offiziell liquidierte Internationale entscheidet über die Frage, ob neue Mitglieder in ihre nichtexistierenden Reihen aufgenommen werden sollen oder nicht. So wurde auch auf der Zürcher Konferenz das Gesuch der von Schumacher geleiteten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands über ihre Aufnahme in die „Sozialistische Internationale“ behandelt. Die Vertreter Englands, Belgiens, Skandinaviens und Österreichs unterstützten das Gesuch. Das Resultat der Debatte war, daß das Gesuch mit 10 Stimmen gegen 5 bei 4 Stimmenthaltungen abgelehnt wurde. Aber sofort nach der Abstimmung wurde ein spezieller „Verbindungsausschuß“ geschaffen, der die „Bemühungen der deutschen Sozialdemokratie“ unterstützen soll.

Wenn man von irgendwelchen Bemühungen der von Schumacher geführten deutschen Sozialdemokraten reden kann, so vor allem von der Bemühung, die Arbeiterbewegung Deutschlands zu spalten. Schumacher ergriff auf der Zürcher Konferenz das Wort. Seine ganze Rede lief auf verleumderische, böswillige Schimpfereien gegen die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hinaus. Die Existenz dieser Partei beunruhigt die rechten Sozialdemokraten am meisten — viel mehr als die Tätigkeit der faschistischen Gruppen und der halbfaschistischen Parteien in den westdeutschen Besatzungszonen.

Gegenüber der Sozialdemokratischen Partei Bulgariens nahm die Konferenz einen vorsichtigeren Standpunkt ein als gegenüber den Schumacherleuten; sie beschloß, einen „Untersuchungsausschuß“ nach Bulgarien zu schicken, bevor über die Frage der Aufnahme der bulgarischen Sozialisten „in die Reihen der Internationale“ entschieden würde.

Es liegen also zwei Tatsachen vor: einerseits die Erfolglosigkeit der Versuche, die II. Internationale wiederherzustellen oder eine neue sozialistische Internationale zu schaffen, und das Vorhandensein eines nicht formierten, „elastischen“, unkontrollierten, aber nichtsdestoweniger funktionierenden Internationaleersatzes anderseits.

Eine solche Sachlage entspricht offenbar augenblicklich auch bestimmten Bestrebungen der reaktionären Führer der sozialistischen Parteien Westeuropas. Sie ist namentlich äußerst vorteilhaft für die internationalen Manöver der Führung der englischen Labourpartei. Ihre Führer und Presseorgane verteidigten und verteidigen offen die These, eine internationale Sozialistenorganisation, die weitgehende politische Vollmachten besäße und deren Beschlüsse für ihre einzelnen nationalen Sektionen verbindlich wären, sei unerwünscht und unnötig. Offiziell begründet hat diese These Denis Healey, der Leiter der außenpolitischen Abteilung des Vollzugsausschusses der Labourpartei (International Secretary of the British Labour Party), in einem Artikel über die Beschlüsse der Clactonner Konferenz. Seine Gedankengänge laufen auf das Folgende hinaus. Die Schaffung einer sozialistischen Internationale sei unmöglich und unerwünscht, weil die verschiedenen sozialistischen Parteien keine „gemeinsamen und einheitlichen Interessen“ haben. Viele dieser Parteien, die Regierungsparteien geworden sind oder zu werden gedenken, trügen die Verantwortung für die Staatspolitik ihrer Länder und könnten deshalb in keiner Weise den Beschlüssen irgendeiner wie immer gearteten Internationale Rechnung tragen. Außerdem könnten sich die englische Labourpartei und die sozialistischen Parteien der großen Staaten nicht den Beschlüssen einer Internationale fügen, deren sämtliche Sektionen gleiche Rechte haben, weil die sozialistischen Parteien kleiner und schwacher Länder dort die Mehrheit hätten. Anderseits, so betont Healey, würden viele sozialistische Parteien Europas schwerlich Lust haben, sich einer Internationale unterzuordnen, deren Führung unvermeidlich in den Händen der westlichen Sozialisten, genauer gesprochen, in den Händen der englischen Labouristen liegen würde.

Healeys Darlegungen bieten ein recht genaues Bild der entstandenen Lage. Sie geben eine Erklärung dafür, weshalb die Führung der englischen Labourpartei in der Praxis ein System „freier“ Wechselbeziehungen zwischen den sozialistischen Parteien ausgearbeitet und eingeführt hat. Dank diesem System behält sie unter allen Umständen die Führung der sozialistischen Parteien einer Anzahl von Ländern in der Hand, ohne sich hierbei durch irgendwelche statutarischen oder programmatischen Verpflichtungen oder durch die Beschlüsse einer internationalen Organisation zu binden, zumal eine solche Organisation in einem gewissen Maße auch die Meinung derjenigen sozialistischen Parteien zum Ausdruck bringen könnte, deren Politik nicht nach dem Herzen der englischen Labourführung ist — vor allem die

Politik der Einheit der demokratischen Kräfte ihres Landes. Wir wissen ja, daß es im Nachkriegseuropa sozialistische Parteien gibt, die auf die traditionelle Spaltungspolitik in der Arbeiterbewegung, wie die rechten Sozialdemokraten sie betreiben, verzichtet haben.

Der Standpunkt der Labourpartei gegenüber anderen sozialistischen Parteien wird ausschließlich bestimmt durch ihre Außenpolitik, in der es bekanntlich kein Gran sozialistischen Inhalts gibt und die nichts anderes darstellt als eine Fortsetzung der Politik Churchills. Bei der praktischen Verwirklichung dieser Politik spielen die wichtigste Rolle einmal der Wunsch, sich die Unterstützung der konservativen, reaktionären Kräfte zu sichern, und zweitens der Kampf gegen die Schaffung eines Blocks der progressiven demokratischen Kräfte und gegen die Einheit der Arbeiterklasse. Daher auch die unentwegte Feindseligkeit der Labourführer gegenüber allen beliebigen Formen der Aktionseinheit zwischen Sozialisten und Kommunisten in jedem beliebigen Lande, insbesondere aber die Gegenwehr gegen alle Versuche, einheitliche Arbeiterparteien zu schaffen. Daher auch die besondere Unterstützung der reaktionären Sozialdemokraten und eingefleischten Spalter sowie die Neigung, in jedem ehrlichen Sozialdemokraten, der mit dieser verderblichen Politik nicht einverstanden ist, einen gefährlichen „verkappten Kommunisten“ zu sehen. Die Spaltertätigkeit Saragats in Italien, sein Abfall von der Sozialistischen Partei und die Bemühungen, die Aktionseinheit von Sozialisten und Kommunisten in dem höchst ernsten Augenblick zu sprengen, wo es um das Schicksal der italienischen Demokratie und die unabhängige Existenz Italiens geht, sind ein beredtes Beispiel für die Politik, die die englischen Labouristen innerhalb der sozialistischen Parteien unterstützen.

Bekanntlich hatte Giuseppe Saragat zusammen mit anderen Vertretern der Führung der Sozialistischen Partei Italiens einen Pakt über Aktionseinheit mit der Kommunistischen Partei Italiens unterzeichnet. Ohne die Aktionseinheit der beiden Arbeiterparteien gäbe es im Lande weder eine Republik noch andere progressive Maßnahmen, und Italien befände sich schon lange in der gleichen Lage wie Griechenland. Diese Wahrheit ist für alle augenscheinlich. Auch Saragat begriff das. Trotzdem entschloß er sich, den Einheitspakt zu sprengen. Saragat nennt seine von der Sozialistischen Partei abgespaltene Gruppe eine „Sektion der Sozialistischen Internationale“ und hat ihr als ideologisch-politischen Inspirator — die englische Labourpartei empfohlen! Was Saragat in Italien tat, haben, offenbar auf Bestellung der

gleichen äußeren Kräfte, Karoly Peyer und seine Gruppe innerhalb der Sozialdemokratischen Partei Ungarns zu tun versucht.

Die volksfeindliche, antidemokratische Wühlarbeit der „oppositionellen“ Sozialdemokraten in Bulgarien genießt das besondere Wohlwollen der sozialdemokratischen Presse Westeuropas. Die Zürcher Konferenz hat sie indirekt in Schutz genommen. Sie lehnte es ab, den Delegierten der Sozialdemokratischen Partei Bulgariens Zutritt zu ihren Sitzungen zu gewähren, nur weil diese Partei der Vaterländischen Front angehört.

* * *

Die Stellungnahme der Führer der Sozialistischen Partei Frankreichs in den Fragen der Einheit der internationalen Arbeiterbewegung fällt im wesentlichen zusammen mit der Einstellung der englischen Labouristen. Die rechten Führer der Sozialistischen Partei Frankreichs führen und führen in Solidarität mit den leitenden Labouristen einen hartnäckigen Kampf gegen die Aktionseinheit der Arbeiterklasse sowohl in Frankreich als auch in anderen Ländern. Die Führer der französischen Sozialisten stellen eine derartige Einheit der Arbeiterklasse als eine Gefahr hin, die eine „Spaltung des Volkes in zwei Lager“ herbeiführe und einen „Bürgerkrieg“ entfessele. Gleichzeitig wird die Koalition mit der katholischen Volksrepublikanischen Bewegung (MRP) und anderen rechtsbürgerlichen Gruppierungen, eine gegen die Arbeiterklasse und die Kommunisten gerichtete Koalition, der öffentlichen Meinung als Verkörperung des Demokratentums aufgetischt. Welche Schmach die Führer der französischen Sozialisten auf sich geladen haben, zeigt die Tatsache, daß Blums These von dem „nichtnationalen Charakter der kommunistischen Parteien“ zur Hauptbegründung genommen wurde für das Verbot der Kommunistischen Partei Brasiliens. Die gleiche These figuriert in der Anklageschrift gegen Führer der Kommunistischen Partei der Südafrikanischen Union, gegen die jetzt ein Gerichtsverfahren eingeleitet worden ist.

Zwecks Vorbereitung auf die Zürcher Konferenz schrieb Blum für den „Populaire“ einen Artikel, worin er seine Ansichten über die Aufgaben und die Rolle der Sozialistischen Internationale darlegt. Er schreibt:

„Ich wende mich jetzt an meine sozialistischen Kameraden, ganz besonders an die großen europäischen Parteien. Ich mache sie erneut auf die dringende Notwendigkeit aufmerksam, einen Standpunkt zu diesen großen Problemen festzulegen, einen Standpunkt, der der des Internationalen Sozialismus sein soll. Es wäre bedauerlich, wenn unsere verschiedenen europäischen

Parteien in bezug auf einen neuen amerikanischen Lend-Lease, auf die Vereinigten Staaten von Europa, auf die europäische Föderation und die europäische Wirtschaftskommission divergierende Gesichtspunkte in der Presse, auf der Tribüne, in der Regierung äußerten.“

Weiter setzt Blum auseinander, worin der „Standpunkt des internationalen Sozialismus“ in diesen Fragen bestehen müsse. Er müsse sich, wie man erfährt,

„an die Spitze einer großen Bewegung der öffentlichen Meinung stellen, die die amerikanische Initiative orientieren würde, statt sie abzuweisen.“

Blums außenpolitische Konzeption entwickelt sich in raschem Tempo weiter. Am 23. April stellte er seine These von „den amerikanischen Friedensimperialisten“ auf, wobei er das Argument anführte, die Maßnahmen der USA in Griechenland und in der Türkei erfolgten angeblich in Übereinstimmung mit und unter unmittelbarer Kontrolle der UNO. Einen Monat danach machte Blum (im „Populaire“ vom 25. und 27. Mai) den sozialistischen Parteien den Vorschlag, in den europäischen Ländern eine Massenkampagne zur Verteidigung der amerikanischen Anleihen einzuleiten, wobei er diese Anleihen hinstellte

„als einen Beweis für die Wirkung der internationalen Solidarität, als Instrument der internationalen Ordnung, der internationalen Prosperität, der internationalen Befriedung“.

Jetzt aber fordert Blum, wie wir sahen, die Sozialisten bereits auf, die öffentliche Meinung zugunsten der Europapolitik der amerikanischen Bankiers und der „europäischen Föderation“ zu bearbeiten. Da Blum sowohl auf die „Selbstauschaltung“ der Sowjetunion aus der „europäischen Föderation“ als auch auf die „Selbstauschaltung der Kommunisten“ aus den Regierungen der einzelnen Länder rechnet, so läßt sich unschwer erraten, gegen wen er seine Internationale, die eine derartige Politik durchführen soll, einsetzen möchte.

In Blums neuer „Konzeption“ gibt es eigentlich nichts Neues. Er schlägt nur vor, den Fabrikaten Churchills und de Gaulles ein Etikett aufzukleben, auf dem „Internationaler Sozialismus“ geschrieben steht. Das Wesen, die Rolle und die Aufgaben der „Vereinigten Staaten von Europa“ faßt Blum genau so auf wie de Gaulle, Churchill und die österreichischen Sozialdemokraten. Der Unterschied ist nur der, daß Blum die „europäische Föderation“ in „sozialistischer“ Verbrämung apportiert.

Die rechten Sozialdemokraten unterwühlen die Aktionseinheit der Arbeiterklasse sowohl in den einzelnen Ländern als auch im Internationalen

Maßstabe unter der Flagge der Aufrechterhaltung der „Unabhängigkeit“ und der „Selbständigkeit“ der sozialistischen Parteien und ebenso unter der Flagge des Kampfes für die Verteidigung der „nationalen Souveränität“. Diese demagogischen Lösungen stehen in schreinem Gegensatz zu der Tatsache, daß der jetzt funktionierende Ersatz einer „Sozialistischen Internationale“ restlos vom Vollzugsausschuß der englischen Labourpartei und von der englischen Regierung kontrolliert wird.

Das Wesen der Stellungnahme und der Politik der rechtssozialistischen Führer in der Frage der Internationale hat seinen fast paradoxen Ausdruck gefunden in den Ausführungen von Karl Kautskys Sohn Benedikt Kautsky. Schon im Verlauf der Vorbereitung der Konferenz veröffentlichte er im Zürcher „Volksrecht“ (zuerst am 16. Mai 1947) in mehreren Fortsetzungen einen Artikel unter der Überschrift „Brauchen wir eine neue Internationale?“ Nachdem er in der Einleitung das Fehlen einer einheitlichen Linie der sozialdemokratischen Parteien in der Frage der „Grundsätze“ der künftigen Internationale festgestellt hat, entwickelt Benedikt Kautsky seine „persönlichen Ansichten“ über diese Frage und über „Probleme der Gegenwart“. Diese Ansichten erweisen sich als ein Knäuel der vulgärsten Fälschungen und Verleumdungen, die jemals von geschworenen Feinden der Arbeiterklasse und der Demokratie, den Feinden des Sozialismus und der Sowjetunion verbreitet wurden oder verbreitet werden.

Kautsky verleumdet die Regierungen Jugoslawiens, Polens, Bulgariens und Rumäniens. Die Sozialistische Partei Polens (PPS), die Polnische Arbeiterpartei (PPR), die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, die Schweizer „Partei der Arbeit“ — alles das sind für Benedikt Kautsky die schlimmsten Feinde. Er fällt sogar über Harold Laski her, weil dieser zugibt, daß es in der Sowjetunion eine Planwirtschaft, dagegen keine kapitalistische Ausbeutung und Arbeitslosigkeit gibt.

Man brauchte auf die verleumderischen Schreibereien des jüngeren Kautsky nicht einzugehen, wenn er nicht die Funktionen und die Aufgaben der künftigen Sozialistischen Internationale definierte. Er hat laut ausgesprochen, was andere denken. Er denkt sich die Internationale als eine Art internationale Zentrale für die sowjetfeindlichen Kampagnen und den Kampf gegen den Kommunismus, eine Zentrale, die die Spaltung der Arbeiterbewegung organisiert und unterstützt. Kautsky jr. hat das geschrieben, wovon die anderen rechten Sozialdemokraten nicht laut zu reden pflegen, was sie jedoch durch die Tat anstreben.

Die rechten Sozialdemokraten greifen in ihrer Politik zu komplizierten Manövern, und ihre wahren Ziele werden sorgfältig getarnt. Das ist vollauf begreiflich, denn eine solche Politik findet in den Massen nicht Unterstützung und Sympathie, sondern Widerstand. Die Arbeiterbewegung hat die bitteren Erfahrungen des Krieges hinter sich. Millionen empfinden die Notwendigkeit einheitlicher Aktionen der Arbeiterklasse. Heutzutage ist diese Einheit in jedem einzelnen Lande wie auch im internationalen Maßstab schon keine bloße Losung mehr, sondern eine praktisch

wirksame machtvolle und breite Bewegung, die zahlreiche Hindernisse und Hemmnisse hinwegschwemmt. Die Pläne und Machenschaften des reaktionären Flügels der sozialdemokratischen Führer stoßen nicht nur bei einer Reihe sozialistischer Parteien im ganzen, wie z. B. bei den sozialistischen Parteien Osseuropas, Südosteuropas oder Italiens, auf Gegenwehr, sondern auch in der Masse der einfachen Mitglieder derjenigen sozialistischen Parteien, die gegenwärtig vom rechten Flügel der Sozialdemokratie geführt werden.

(Schluß folgt.)

Zur Lage in China

W. AWARIN

ZWEI TAGE LANG — am 26. und 27. Mai — gaben die chinesischen Rundfunkssender einen Aufruf durch, worin der Politische Nationalrat Chinas der Kommunistischen Partei den Vorschlag machte, Vertreter nach Nanking zu entsenden, die sich an der Arbeit des Rates beteiligen sollen. Dieser Vorschlag entsprang unmittelbar der Tatsache, daß die politischen und militärischen Pläne der chinesischen Reaktionäre völlig gescheitert sind. Noch vor zwei, drei Monaten, als sie wieder einmal eine militärische Offensive gegen die demokratischen Kräfte Chinas einleiteten, rechneten sie fest darauf, sie verwirklichen zu können.

Der Aufruf des Politischen Nationalrats an die Kommunisten erfolgte auf Initiative von 100 Ratsmitgliedern, die die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der Kommunistischen Partei und mit der Führung der Volksbefreiungsarmee verlangten.

Der Politische Nationalrat besteht aus 362 Mitgliedern, von denen die allermeisten zum reaktionären Flügel der Kuomintang gehören. Die Tatsache, daß diese Reaktionäre es für gut befanden, einen Schritt zu tun, der von ihrer Seite nicht mehr ist als ein politisches Manöver, besagt recht viel. Erstens haben die militärisch-strategischen Pläne der Kuomintangarmeeführung, die die Volksbefreiungsarmee zu schlagen gedachte, Fiasco gemacht. Zweitens nimmt der Verfall der chinesischen Wirtschaft katastrophale Formen an. Drittens verlangen die Massen des

Volkes trotz überaus strenger Vergeltungsmaßnahmen die Einstellung des Bürgerkrieges, sie protestieren gegen das Regime der Reaktion, sie fordern politische Freiheiten, sie wollen den Weg der Demokratie und des Fortschritts beschreiten.

Die strategischen Pläne der Kuomintangreaktionäre, die den Krieg gegen das demokratische China angestiftet haben, litten von vornherein an einem wesentlichen Mangel — an der Überschätzung der eigenen Kräfte. Dieser Mangel ist den strategischen Plänen jeder blinden Reaktion eigen, aber durch die Kriegspläne der chinesischen Reaktionäre blickte er ganz besonders sichtbar hindurch. Sie haben auch nichts gelernt aus den Erfahrungen der Jahre 1945 und 1946, in welchen Jahren alle Bemühungen, die Volkskräfte zu zertrümmern, jedesmal mit einem Miß Erfolg endeten.

Als die Kuomintang Anfang 1947 die Verhandlungen mit der Kommunistischen Partei abbrach, die früher übernommene Verpflichtung, dem Volk politische Rechte zu gewähren, widerrief und ihren Truppen den Angriffsbefehl gab — da machte sie erneut einen groben Fehler, den Fehler nämlich, die militärischen und politischen Kräfte der Demokratie zu unterschätzen. Die amerikanische Kriegstechnik, die amerikanischen Geldmittel, die amerikanische Marineinfanterie, die amerikanischen Kriegsschiffe, die amerikanische diplomatische Unterstützung erschienen ihr als ein sicheres Unterpfand des Sieges.

Einzelne taktische Erfolge an den Fronten des Bürgerkrieges wurden als Beginn der völligen Niederlage der demokratischen Kräfte ausgeschrien. Am 19. März z. B., an dem Tage, an dem die Truppen Hutsungnans die Stadt Jenan einnahmen, erklärte Tschangkaischek, der Oberbefehlshaber der Kuomintangtruppen, auf der Plenartagung des Zentralen Vollzugsausschusses der Kuomintang (zum wievieltenmal!), in drei Monaten würden die kommunistischen Truppen völlig liquidiert sein. Erklärungen der gleichen Art gaben der Wehrminister und andere militärische Führer der Kuomintang ab.

Wie weit waren diese selbstbewußten Erklärungen von der Wirklichkeit entfernt! Drei Monate nachdem die Kuomintangarmeen die Offensive gegen Jenan begonnen haben, stecken sie selbst in einer sehr trübseligen Lage.

Die Truppen der Volksbefreiungsmacht sind an mehreren Fronten zur Gegenoffensive übergegangen und haben den Kuomintangtruppen bedeutende Niederlagen beigebracht.

Im April und Mai besetzten die Volksarmeen umfassende Territorien in Süd-Schansi, wo mehr als 15 Städte in ihre Hände übergingen. Im Laufe des April wurden in dieser Gegend 25 000 Soldaten und Offiziere der Kuomintang gefangen genommen und große Beute gemacht, darunter zwei Flugzeuge und bedeutende Munitionsmengen.

In Schantung, wo die Kuomintang starke Kräfte konzentriert hatte, befreiten die Volks truppen, die Ende April in einem kurzen Gefecht drei Brigaden der 72. Division vernichteten, die Stadt Taian. Ein bedeutender Teil der Eisenbahnlinie Tsingtau—Tsinan steht unter der Kontrolle der Volksarmee.

Auch in Nord-Schensi sind die Volkstruppen zur Gegenoffensive übergegangen. Sie haben einen Teil des von Hutsungan besetzten Gebiets zurückgewonnen und sind vor Jenan gerückt. In diesem Raum wurden in anderthalb Monaten — bis Anfang Mai —, Angaben der Führung der Volkstruppen zufolge, drei Kuomintangbrigaden vernichtet. In dem besonderen Grenzbezirk Schensi—Kansi—Ningsia sind die Kuomintangtruppen ohne Verpflegung geblieben. Ihre Kampffähigkeit ist bedeutend gesunken. Nach Meldungen der demokratischen Presse Chinas bleiben Maotsetung und das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas, auch nachdem die Kuomintangtruppen Jenan eingenommen haben, im besonderen Grenzbezirk.

In der Mandschurei wurden in den Operationen der Vereinigten Demokratischen Armee der Mandschurei während der ersten drei Monate d. J. 69 000 Soldaten und Offiziere der Kuomintang getötet sowie 3800 Geschütze, 4000 Maschinen-

gewehre, 113 000 Armeegewehre, 5 Panzer, große Munitionsmengen und andere Kriegsmaterialien erbeutet. Anfang April fügte sie den Kuomintangtruppen bei der Stadt Liuho, nordöstlich von Mukden, eine empfindliche Niederlage zu.

Die demokratischen Truppen machten von dem erbeuteten Kriegsmaterial Gebrauch und gingen im Mai auf breiter Front zu Gegenangriffen über, die sie weit vorwärts brachten. Die Städte Tschangtschun, Kirin und Fuschan sind umzingelt. Die Garnison von Tschangtschun wird nur auf dem Luftwege versorgt. Der englische und der amerikanische Konsul haben die Stadt Ende Mai per Flugzeug verlassen. Die Kräfte der Vereinigten Demokratischen Armee besetzten Ende Mai—Anfang Juni die Stadt Huatien, südlich von Kirin; die Städte Kuntschuling, Panschih und Hailung, südlich und südöstlich von Tschangtschun; die Städte Meihokou, Faku, Tschangtu, Hsian, nördlich von Mukden; eine Anzahl von Orten in der Provinz Dschehol und in anderen Gebieten. Ende Mai begannen Kämpfe im Raum des strategischen Eisenbahnknotenpunkts Szepingkai. Die Eisenbahnen zwischen Mukden und Szepingkai und zwischen Mukden und Antung sind abgeschnitten. Die Offensive der Demokratischen Volksarmee bei Szepingkai wurde von den Kräften der Kuomintangluftwaffe aufgehalten. In diesen Wochen sind in der Mandschurei mehrere Divisionen Elite truppen der Kuomintang zerschlagen worden. Vernichtet worden ist auch die 74. Division, deren gefallener Kommandeur, General Tschanglingfu, in China als Verehrer Hitlers bekannt war.

Im Raum von Schanhaikuan drangen Truppenteile der Volksbefreiungsmacht in der zweiten Maihälfte in die Stadt Tschangli ein, unterbrachen vorübergehend den Verkehr auf der Eisenbahn Peiping—Mukden und bedrohten die Städte Peitaiho und Tschinwangtau.

Die Fortuna der Kuomintang hat in der Mandschurei eine recht klägliche Wendung genommen. Wie chinesische Zeitungen melden, wurde auf einer Beratung, die Tschangkaischek Ende Mai mit Kuomintanggeneralen in Mukden abhielt, der Beschuß gefaßt, schleunigst noch 100 000 Mann Kuomintangtruppen nach der Mandschurei zu werfen.

Selbst diejenigen Auslandskorrespondenten in China, die ihre Informationen vorwiegend aus Kuomintangquellen schöpfen, sind bei der Einschätzung der Gesamtlage gezwungen, Schlußfolgerungen zu ziehen, die für die Kuomintanggenerale nicht sehr angenehm sind. Tillman Durdin, Korrespondent der „New York Times“, hat Ende Mai zugegeben, daß die Kuomintangtruppen an den Fronten des Bürgerkrieges schwere

Verluste erleiden. George H. Bender, ein Mitglied des USA-Repräsentantenhauses, hat sein Erstaunen darüber geäußert, daß sich die amerikanischen Waffen von fünf Kuomintangdivisionen, wie in offiziellen Sphären erklärt worden sei, bereits in den Händen der Volkstruppen befinden. Schließlich mußte sogar Tschangkaischek sich zu einem Eingeständnis bequemen. Am 28. Mai erklärte er den Mitgliedern des Politischen Nationalrates bei einem Empfang, auf dem er über die Situation an den Bürgerkriegsfronten sprach, folgendes:

„Die Regierungsarmee kann zur Zeit aus keiner Provinz und keinem Distrikt von ernsten Erfolgen berichten...“

Gleichzeitig war, im Gegensatz zu den früheren offiziellen Angaben, die die zahlenmäßige Stärke der Volksbefreiungstruppen zu niedrig ansetzten, der stellvertretende Wehrminister Linwei Ende Mai gezwungen, in einer Rede zu erklären, die Kommunisten besäßen 336 Divisionen.

Der Korrespondent der „New York Times“ hat eine Erklärung ausländischer Missionare, die aus Tschangli evakuiert wurden, der Presse übergeben, aus der man erfährt, daß ausländische Kreise durch das Aussehen und die Moral der demokratischen Truppen „tief beeindruckt“ waren. Diese Truppen bestünden aus wohldisziplinierten und begeisterten jungen Männern. Man bezweifle stark, so bemerkt der Korrespondent, ob es der Regierung gelingen wird, das „kommunistische Problem“ mit Waffengewalt zu lösen.

* * *

Je länger der Bürgerkrieg dauert, um so schlechter wird die Wirtschaftslage Chinas. Die Kuomintangbehörden haben wiederholt versucht, das Volk durch die Versicherung zu betrügen, der Bürgerkrieg und die Wirtschaftskrise hingen nicht miteinander zusammen. Jetzt aber sieht, wie man ohne Übertreibung sagen kann, das ganze Land, worin die Hauptursache der ökonomischen Notstände wurzelt. Natürlich spielt die Unfähigkeit der Kuomintangverwaltung, die vorhandenen Hilfsquellen auszunutzen, ebenso sehr ihre Rolle wie die Korruption des Verwaltungssystems. Aber der Hauptfaktor der Wirtschaftskatastrophe waren und sind die riesigen Kriegsausgaben der Regierung, die Räubereien der Kuomintangarmeen und die militärischen Zerstörungen.

Die amerikanischen Anleihen, sonstige „materielle Hilfe“, Waffen — alles das wandert in den unersättlichen Rachen der Bürgerkriegsnetze und der bürokratischen Korruption. In dem gleichen weit aufgerissenen Rachen verschwinden die in die

Hände der Kuomintangverwaltung übergegangenen materiellen Werte der Japaner in China. Schon bis Ende Juli 1946 hatte die chinesische Regierung laut einer Meldung der „New York Herald Tribune“ vom 1. September 1946 aus dem Verkauf japanischer Vermögenswerte 300 Milliarden chinesische Dollar herausgeschlagen. Allein auf Formosa wurden 300 Großbetriebe verkauft (oder, genauer gesprochen, unter den Kuomintangbeamten und anderen der Verwaltung nahestehenden Personen verteilt), während 200 Betriebe staatlichen oder halbstaatlichen Gesellschaften der Kuomintangregierung übergeben wurden. China erhält auch bereits Reparationsleistungen von Japan, aber auch hier werden verschiedene Werte, z. B. Lokomotiven oder Eisenbahnmaterial, für die Bedürfnisse der Kuomintangtruppen verwendet. Auch Millionen Tonnen von UNRRA-Waren verschwinden spurlos, bevor sie die bedürftige Bevölkerung erreicht haben.

Für das Ausmaß der wirtschaftlichen Katastrophe zeugen die unaufhaltsame Inflation und der Bankrott aller finanziellen und ökonomischen Maßnahmen der Regierung.

Mitte Februar wurden durch besonderes Gesetz Lohnerhöhungen verboten, und zwar mit der Begründung, die allzu hohen Arbeiterlöhne seien die Ursache der Inflation. Seitdem sind die Preise für Reis, das Hauptnahrungsmittel der Bevölkerung, auf mehr als das Vierfache gestiegen. Ein Pukul Reis kostete in Schanghai Ende 1946 70 000 chinesische Dollar, am 7. Mai 1947 aber 300 000 Dollar.

Eben hier hat man die Hauptursache zu suchen für die Arbeiter- und Studentenstreiks, in denen außer der Erhöhung der Löhne und Stipendien die Einstellung des Bürgerkrieges gefordert wird. Hört der Bürgerkrieg nicht auf, so wird sich die Wirtschaftslage des Landes noch weiter verschlechtern. Hier kann keinerlei Lohnerhöhung helfen, da die Lohnsteigerung niemals Schritt zu halten vermag mit der Preissteigerung.

In der Tat, die Nankingregierung beschloß am 13. Mai eigens, die Gehälter der staatlichen Angestellten, der Offiziere und Soldaten um durchschnittlich 85 Prozent zu erhöhen. Dies vergrößerte die Staatsausgaben um 300 Milliarden chinesische Dollar monatlich. Es dauerte nicht lange, und die Preise gingen scharf nach oben. Am 26. Mai kostete das Pukul Reis bereits 460 000 Dollar.

Der Lebenshaltungsindex, der, nach Angaben der Schanghaier Stadtverwaltung, im September 1946 4500mal so hoch lag wie vor dem Kriege, war im Mai d. J. bereits auf das 23 500fache gestiegen. Der amerikanische Dollar kostete an der schwarzen Börse Anfang Juni 35 000 chinesische

Dollar, während der im Februar festgestellte und seitdem nicht revidierte offizielle Wechselkurs 12 000 chinesische Dollar einem USA-Dollar gleichsetzt.

Der Informationsminister gibt zu, in China wisse heute niemand genau, wieviel Papiergegeld emittiert worden sei und wieviel sich im Umlauf befindet. Man weiß nur, daß der Staatshaushalt immer wieder umgeschustert werden muß. Die astronomischen Ausgabenziffern wachsen weiter. Die Flucht chinesischer Kapitalien nach Hongkong nimmt verstärkte Formen an. Nach Angaben der Zeitung „Tschihjundschihpao“ betrug der allmonatliche Zufluß chinesischer Kapitalien nach Hongkong in letzter Zeit etwa 300 Milliarden chinesische Dollar.

Alles das schafft unerträgliche Existenzbedingungen für die breiten Bevölkerungsmassen. Die Kuomintangarmeeführung aber läßt obendrein noch ganz bewußt riesige Zerstörungen anrichten. So wurden, als aus strategischen Erwägungen der Huangho in ein anderes Flußbett geleitet wurde, in der Provinz Hope mehr als 20 000 Wohnstätten von den Fluten weggespült, wobei 23 000 Personen ertranken.

Die Hungersnot führte im April und Mai zu „Reiskrawallen“ in vielen Städten Chinas, zu Streiks in den Industriebetrieben und im Verkehrsweisen sowie zu neuen Baueraufständen in Sikang, Kuangsi und anderen Provinzen. Die Kuomintangführer antworteten auf alles das mit einem politischen Manöver: es erfolgte eine sogenannte Reorganisation der Regierung auf „demokratischer Grundlage“. Gleichzeitig erreichte der Terror Ausmaße, die selbst in China nicht ihresgleichen haben.

Die Reorganisation der Regierung bestand darin, daß die Kuomintang ein paar Personen aus den beiden „Moskitoparteien“ — der Jungchinesischen Partei und dem rechten Flügel der „Sozialdemokraten“ — in den Staatsrat und den Exekutivjuan einbezog. Dieser primitive Schachzug konnte jedoch das Ansehen der Regierung nicht heben. Als das klar war, da ließ die angeblich neue und angeblich demokratische Regierung einen Hagel von Terrormaßnahmen auf das widerspenstige Volk herunterprasseln. Verbot progressiver Zeitungen und Zeitschriften, Auflösung von Kundgebungen und Versammlungen, Pogrome, Terroraten der Geheimpolizei — alles das wird tagtäglich aus China gemeldet.

Nicht umsonst aber sagt man: je dunkler die Nacht, um so heller die Sterne. Trotz des Terrors entbrennt im ganzen Lande immer stärker

die Flamme des Volkskampfes für Demokratie und Fortschritt.

Dieser Kampf hat einen neuen Ausdruck gefunden in den Studentenstreiks und Protestdemonstrationen gegen den Bürgerkrieg und die Hungersnot.

Die fortschrittliche Studentenbewegung in China blickt auf eine große Geschichte zurück. Die studentische Jugend spielte eine große Rolle in der antiimperialistischen Bewegung nach dem ersten Weltkrieg, als Militaristen und käufliche Politiker bereit waren, das Land in die Sklaverei der imperialistischen Mächte geraten zu lassen. Studenten beteiligten sich aktiv an der antijapanischen Bewegung Ende 1935 und Anfang 1936, als die Kuomintangreaktionäre mit Wangtsching-wei an der Spitze das Land an die japanischen Imperialisten verraten wollten. Ebenso wie jetzt floß damals das Blut der studierenden Jugend, deren Erscheinen auf der Straße eine Art politisches Barometer ist, an dem man erkennt, daß die Geduld des Volkes zu Ende geht.

Beim Empfang von Mitgliedern des Politischen Nationalrates erklärte Tschangkaischek am 28. Mai, die gegenwärtigen Studentenunruhen seien sehr ernst und hätten sehr tiefgreifende Ursachen. Die Studenten seien gegen den Bürgerkrieg, die Mobilisationen, die Steuern, ganz besonders gegen die Nahrungsmittelbeitreibungen bei den Bauern.

Zehn Tage früher richtete Tschangkaischek einen speziellen Aufruf an die Studenten, worin er einerseits erklärte, schuld an allem hätten „kommunistische Elemente“, die „die arglose Jugend“ aufhetzten, und anderseits drohte er, wenn die Unruhen nicht aufhörten, würden gegen die Studenten „harte Maßnahmen angewandt werden“.

Dieser Aufruf hatte keinen Erfolg. Am 20. Mai demonstrierten Massen von Studenten in vielen Städten. In Nanking und Tientsin tötete und verwundete die Polizei bei der Auseinanderjagung der Demonstranten Dutzende Personen. Es wurden neue Massenverhaftungen vorgenommen. Die Studentenstreiks, denen sich in vielen Orten Professoren und Dozenten anschlossen, erfaßten fast alle Hochschulstädte Chinas. Sogar in Mukden erklärten die Studenten des Medizinischen Instituts am 31. Mai, an welchem Tage sich Tschangkaischek dort aufhielt, sie schlössen sich dem Proteststreik gegen Bürgerkrieg und Hungersnot an.

Laut einer Erklärung des Vertreters der Internationalen Föderation der Ligen für Menschenrechte sind in China im Laufe eines Monats mehr als 6000 Studenten, Professoren und Journalisten

verhaftet worden. Die Mißhandlungen, Verhaftungen und Terroraten gegen die besten Vertreter der chinesischen Gebildetenschichten lassen sich in keiner Statistik erfassen.

Eine große Anzahl von Professoren der Peipinger Universität konstatierte in einer am 29. Mai veröffentlichten Erklärung bitter:

„Durch die Mißhandlung der Studenten und durch die Unterdrückung von Demonstrationen und Zeitungen bricht die Regierung selbst Disziplin und Moral. Wo ist die Demokratie, wo ist die Verfassung?“

Hervorragende Schriftsteller und Künstler, geführt von den Schriftstellern Kuomodscho und Mautun, haben in Schanghai eine Deklaration veröffentlicht, in der es heißt, die gesamte chinesische Erde sei bespritzt mit dem Blut der Getöteten; niemand könne sich am Morgen darauf verlassen, daß er am Abend noch leben werde.

In einer so gespannten politischen Situation fand die Maitagung des Politischen Nationalrats statt. Die Kuomintang wollte die Politik des Terrors und des volksfeindlichen Krieges von ihm sanktionieren lassen. Aber selbst auf dieser Tagung erklangen Proteststimmen gegen den Bürgerkrieg, die Bankrottpolitik, das Regime der Korruption, der Gewalttaten und der Räubereien.

Eines der Ratsmitglieder — Pantschaojing — erklärte, auf der Insel Hainan würden „heutzutage sogar Tote besteuert“. Ein Vertreter von Hupe bemerkte, wegen der neuen Steuern und der Einberufungen zur Armee flöhen die Bauern seiner Provinz von ihrer Scholle, so daß die Landwirtschaft verfalle. Die Delegierten Hsüehheng und Liangschumin sagten, das Wüten gegen die Studentenbewegung sei ein Hohn auf die Bürgerfreiheiten. Kianghengjuan erklärte, das Volk verlange die Einstellung des Bürgerkrieges. Lijutien erklärte in seiner Rede:

„Im Namen der Bevölkerung von 16 Provinzen Nordchinas rufe ich zum Frieden auf...“

Natürlich verlangten die Erzreaktionäre auf der gleichen Tagung noch stärkere Terrormaßnahmen gegen die Demokraten und die Fortsetzung des Bürgerkrieges. Ein gewisser Hsiehminghsiao schlug sogar vor, „entsprechend der

Trumandoktrin“ gegen die Sowjetunion vorzugehen. Nichtsdestoweniger mußte die Reaktion ihre früher entworfenen Pläne fallen lassen und sogar, wie gesagt, zum Scheine die Kommunistische Partei öffentlich einladen, sich am Politischen Nationalrat zu beteiligen.

Die Tagung des Politischen Nationalrats, der lediglich ein beratendes Organ ist, endete ohne alle praktischen Resultate. Sie lüftete nur noch einmal den Vorhang, der gewöhnlich über den furchtbaren Zuständen in China liegt, und zeigte, in welchen Abgrund die Reaktion das Land stößt.

Die politische Atmosphäre im Kuomintangchina hat sich nach der Tagung in keiner Weise entladen — im Gegenteil, die elektrische Spannung ist noch größer geworden. Die Kuomintangbehörden verharren auch weiter in einem Zustand fieberhafter Erregung und Angst. Am 2. Juni, an welchem Tag neue Studentendemonstrationen stattfinden sollten, erwarteten die Behörden, wie die Presse meldet, Aufstände. Schanghai und andere Städte standen an diesem Tage unter verstärkter Bewachung durch Polizei und Militär. Alle Truppen lagen alarmbereit. In den Schulen fiel der Unterricht aus, auf den Eisenbahnen verkehrten bedeutend weniger Passagierzüge. Regierungsvertreter erklärten später, nur dank den rechtzeitig ergriffenen militärischen und polizeilichen Maßnahmen sei der Aufstand ausgeblichen.

Alles das bezeugt, daß die Positionen der Reaktionäre ganz gehörig erschüttert sind.

Ohne weiteren amerikanischen Brennstoff „wird Chinas Brand bald ausgehen“, schreiben Studenten der Tientsiner Universität in einer Adresse an den USA-Kongreß. Sie fordern den Kongreß auf, der Kuomintangregierung keine Anleihen mehr zu gewähren.

Die chinesische Reaktion kann natürlich mit amerikanischer Hilfe den Bürgerkrieg in die Länge ziehen und die Leiden des Volkes noch auf eine gewisse Zeit verlängern. Aber sie hat nicht die Kraft, die Volksbewegung zu ersticken und das demokratische China zu vernichten.

Die Hitlerfaschisten in der Illegalität

W. MINAJEW

ZAHLREICHE TATSACHEN sprechen dafür, daß es nach der Kapitulation Deutschlands einem bestimmten Teil namhafter Hitlerfaschisten gelungen ist, in die Illegalität überzugehen. Dieses unterirdische Lager hat seine Wühltätigkeit in letzter Zeit aktiver gestaltet. Deshalb gewinnt das Problem der Denazifizierung immer größere Bedeutung sowohl für die Deutschen selbst als auch für die Besatzungsbehörden. Von diesem Gesichtspunkt aus ist es von Interesse, die Geschichte der Entstehung des unterirdischen Nazi-lagers in Deutschland kennenzulernen.

* * *

Eingeweihte Personen behaupten, der 16. Mai 1943 sei der Tag gewesen, an dem die Nazis begonnen haben, ihren Übergang in die Illegalität vorzubereiten. Nach der historisch bedeutsamen Niederlage bei Stalingrad begannen sie zu wittern, daß Hitlers Piratenschiff nicht mehr lange dicht halten werde. In der Berliner Prinz-Albrecht-Straße, im Hause der Gestapo, in dessen erstem Stockwerk der persönliche Stab Himmlers untergebracht war, fanden im März und April 1943 Beratungen statt, auf denen in rohen Umrissen ein umfassender Plan für die illegale Nachkriegstätigkeit der Nazis nicht nur innerhalb Deutschlands, sondern auch in einer Anzahl anderer europäischer Länder und in Amerika aufgestellt wurde.

Alle diese Pläne wurden in geheimen Beratungen unter dem Vorsitz Hitlers erörtert; hier wurde auch beschlossen, eine spezielle Organisation ins Leben zu rufen, die die Pläne in die Tat umsetzen sollte. An die Spitze dieser Organisation trat Himmler als „außerordentlicher Reichsbevollmächtigter“.

Mit der Verwirklichung der Direktiven Hitlers bezüglich der Organisierung der Illegalität wurde ein besonderer „Stab beim Sonderbevollmächtigten“ beauftragt. Zu ihm gehörten Bormann, der Chef des sogenannten „Verbindungsstabs“ — einer Zentrale für die Koordinierung der Wühlarbeit aller Hitlerorganisationen; Hierl, Minister ohne Portefeuille und Leiter des Reichsarbeitsdienstes; Ley, der Leiter der „Arbeitsfront“; Kaltenbrunner, Chef der Sipo und des SD; Schepmann, Stabschef der SA. Außer diesen fünf Personen spielte auch General Heßmeyer eine große

Rolle — ihm wurde die Ausbildung der geeigneten Kräfte übertragen.

Die meisten Personen, die im Generalstab an der Vorbereitung des Übergangs der Nazis in die Illegalität arbeiteten, waren Angestellte der Gestapo. Es dürfte in Hitlerdeutschland kein Geheimnis gegeben haben, das so streng gewahrt wurde wie alles das, was sich auf diese Institution bezog. Die Geschichte kennt jedoch keine Geheimnisse, die nicht mit der Zeit zutage traten...

* * *

Constantin Hierl zog es ebenso wie Rudolf Heß vor, im Schatten zu bleiben und hinter den Kulissen der faschistischen Diktatur zu operieren. Daß er nur den zweitrangigen Staatsposten des Reichsarbeitsdienstführers bekleidete, hinderte ihn jedoch nicht daran, zu Hitlers nächster Umgebung zu gehören und dort nicht die letzte Rolle zu spielen. In diesem Kreise besaß er das Renomme eines erfahrenen Konspirators.

Hierl besaß wirklich Erfahrungen in illegaler Arbeit. Offizier des kaiserlichen Generalstabs, beteiligte er sich nach Beendigung des Krieges von 1914—1918 aktiv an der Schaffung reaktionärer Geheimverbände, die zum Kampf gegen die demokratische Bewegung des deutschen Volkes gegründet wurden. Er hat diese seine Erfahrungen niedergelegt in einem Büchlein unter dem Titel „Kriegsführung mit improvisierten Heeren“, das 1923 erschien. Im Jahre 1928 trat Oberst Hierl der Nazipartei bei. Im Jahre 1937 arbeitete er „für alle Fälle“ einen Plan aus für die Überführung der Nazipartei in die Illegalität.

Hierl arbeitete auch das grundlegende Organisationsprinzip für die künftige Hitlerillegalität aus. Es war ein Prinzip der Dezentralisation, das die Schaffung eines weitverzweigten Netzes illegaler Zellen vorsah, bestehend aus höchstens drei bis sechs Personen, nur in Ausnahmefällen bis zu zehn Personen. Zwischen den einzelnen Zellen sollten in der ersten Zeit keinerlei Beziehungen bestehen, auch wenn sie in ein und demselben Gebiet, sogar in ein und derselben Institution oder Fabrik arbeiteten.

Der Generalstab der faschistischen Illegalität arbeitete sorgfältig ein Maskierungssystem für die Angehörigen der illegalen Organisationen aus.

Mitteilungen einer Schweizer Zeitung zufolge haben sich etwa 50 000 SS-Leute, die für die illegalen Naziorganisationen gewonnen wurden, zu Bauern, Handwerkern und Händlern transsubstantiiert. Viele von ihnen geben sich als Flüchtlinge aus Ostdeutschland aus. Andere stellen sich als in die Heimat zurückgekehrte Kriegsgefangene hin, wieder andere sogar als Juden. Kurz vor der Kapitulation setzten Hitlerfaschisten in besonderem Auftrag ein Konzentrationslager in Blechhammer in Brand, in dem Juden eingesperrt waren. Die Dokumente und die Kleidung der Inhaftierten mit einem roten Kreuz auf dem Rücken und auf der Brust aufgenähten gelben Flecken wurden an die SS-Leute verteilt.

Einzelne Nazis wandten bei ihrem Übergang in die Illegalität sogar den Trick an, in der Presse eine offizielle Mitteilung über ihren eigenen „Tod“ veröffentlichten zu lassen. In Wirklichkeit siedelten sie unter fremden Namen und mit falschen Papieren in einen anderen Landesteil über, wo niemand sie kannte. Manche namhafte Hitlerfaschisten ließen plastische Operationen an sich vornehmen, um ihren äußeren Menschen bis zur Unkenntlichkeit zu verändern.

Schon Ende 1944 waren, wie die amerikanische Presse mitteilte, mindestens zehntausend Gestapo-leute zu harmlosen „Bürgern“ oder „Nazifeinden“ gemacht.

Eine der Tarnungsmethoden der illegalen Kräfte war die Einsperrung von „Werwölfen“ in Konzentrationslager oder Vernichtungslager, wo sie als Antifaschisten ausgegeben wurden. In der Gestapo wurden sogar fiktive Untersuchungsakten gegen sie geführt und gefälschte Listen zusammengestellt. Um die Spuren recht sorgfältig zu verwischen und diese neugebackenen Antifaschisten in „langjährige Gefangene des Hitlerfaschismus“ zu verwandeln, wurden sie mehrerenal von einem Haftort nach dem anderen gebracht.

Die Hitlerfaschisten versorgten ihre unterirdischen Organisationen mit Dokumenten und technischen Mitteln und verschafften ihnen eine materielle Basis. In besonderen Werkstätten wurden falsche Pässe, verschiedene Dokumente und sogar abgegriffene Brieftaschen hergestellt. In verschiedenen Orten des Landes legte man zahlreiche Lager für Waffen, Munitionsvorräte, Druckerei-utensilien und Papier an. Diese Geheimdepots wurden nach einem Plan untergebracht, der einer ganz beschränkten Anzahl von Personen bekannt war, und sehr gründlich und durchdacht getarnt.

* * *

Die Hitlerfaschisten arbeiteten zwei selbständige, teilweise jedoch identische Operationspläne für die illegale Wühlarbeit aus.

Der eine beinhaltete eine Taktik für den nächsten Zeitraum nach der Kapitulation Deutschlands, der andere ist sozusagen ein „strategischer“ Plan auf weite Sicht.

Die schwungvolle Offensive der Sowjetarmee brachte diese Pläne stark durcheinander. Die Nazis vermochten viele der in Aussicht genommenen Maßnahmen nicht zu Ende zu führen, andere nicht einmal zu beginnen. Zehntausende für die illegalen Hitlerorganisationen angeworbene Deutsche wurden von der Okkupation in einem Zustand der Panik und der Kopflosigkeit überrascht. Viele von ihnen hatten sich mit ihrer neuen Lage noch nicht genügend vertraut gemacht. Ein waschechter Nazi, dem alle Güter des Lebens zur Verfügung standen, kann sich nicht so leicht in einen „Tagelöhner“ verwandeln.

Die Hitlerfaschisten gedachten innerhalb Deutschlands wohl 200 000 bis 300 000 ihrer treuesten Parteimitglieder — SS- und Gestapobanditen — in der Illegalität zu halten. Entsprechend dem Prinzip der Dezentralisation wurde eine Anzahl selbständiger, nicht miteinander verbundener Geheimorganisationen geschaffen. Eine der ersten war die Organisation „Werwolf“, deren Gründung die Hitlerfaschisten selbst aller Welt bekanntgaben. Am 2. April 1945 ließ das Deutsche Nachrichtenbüro durch Rundfunk eine Mitteilung verbreiten, wonach in den von den Alliierten besetzten Gebieten eine illegale Organisation „Werwolf“ geschaffen worden sei, die es sich zur Aufgabe mache, die Soldaten der Besatzungs-truppen ohne Unterschied der Nationalität, des Alters, der Familienstellung und ihres persönlichen Benehmens niederzumachen.

Diese Mitteilung war offenbar darauf berechnet, die Aufmerksamkeit von den anderen unterirdischen Gruppen abzulenken.

In der ersten Zeit nach der Kapitulation erhielten die „Werwölfe“ vom illegalen Generalstab die Direktive, angesichts der Situation sei eine weitgehende Aktivität zeitweilig zu verbieten, man habe sich auf kleine Sabotageakte oder einzelne Anschläge zu beschränken. In dieser Direktive hieß es weiter, die „Werwölfe“ würden Mitteilung erhalten, wann sie zu größeren Operationen überzugehen hätten, was voraussichtlich in der zweiten Hälfte des Winters 1945/46 der Fall sein werde, wenn die Wirtschaftslage sich so schlecht gestalte, daß die Nazis auf die Unterstützung der Bevölkerung, die sich vorläufig gleichgültig verhalte, rechnen könnten.

In dieser Übergangsperiode waren die faschistischen Illegalen vor allem bestrebt, sich in die von den Besatzungsbehörden geschaffenen Institutionen — Polizei, Verkehrswesen, städtische Selbst-

verwaltungen, Gerichtsorgane — einzuschleichen, vor allem in die Polizeiorgane. Dieses Bestreben verdient Beachtung. Die erwähnte Geheiminstruktion schärft es den Mitgliedern der Naziillegalität ganz besonders ein, so großzügig wie möglich von der Taktik des „trojanischen Pferdes“ im Polizeisystem Gebrauch zu machen. Wie diese Instruktion in die Tat umgesetzt wird, lehren die Tatsachen. Nach den Worten eines Korrespondenten der „New York Herald Tribune“ halten frühere Hitlerfaschisten fast alle höheren Polizeiposten in der englischen Besatzungszone besetzt. Polizeichef des Regierungsbezirks Hannover wurde 1946 ein Oberstleutnant Schulte, der während der deutschen Okkupation in Holland die deutsche Polizei im Haag geleitet hatte. Sein Stellvertreter war ein Oberstleutnant Bez, der früher in Himmels Stab arbeitete. Nach dem Rücktritt Schultes und Bez' wurde ein anderer namhafter Nazi, Polizeimajor Krumrey, zum Polizeichef des Regierungsbezirks Hannover ernannt; sein Gehilfe wurde Polizeimajor Limbert, gleichfalls ein Nazi mit sehr dunklem Vorleben.

Viele Polizeiorgane der Provinzen Hannover und Westfalen sind jetzt im vollen Sinne des Wortes Sammelpunkte der früheren Gestapoagenten. Kürzlich wurde ein Oberstleutnant Berndt, Mitglied der Hitlerpartei seit 1933 und namhafter Gestapofunktionär, zum Polizeichef von Dortmund ernannt. Leiter der Kriminalpolizei des Regierungsbezirks Hannover ist der SS-Sturmführer und SD-Mitarbeiter Wilkening. In der Polizei Wiesbadens (amerikanische Zone) sind sieben frühere SS-Offiziere festgestellt worden, von denen einer der Leiter der Personalabteilung war.

Eine solche Zusammensetzung der Polizeiorgane ist für die illegalen Nazigruppen ein gefundenes Fressen.

Gegenwärtig stoßen die Besatzungsbehörden der Westzonen systematisch auf derartige Gruppen. Kaum ist die Entlarvung und Aushebung einer von ihnen bekanntgeworden, und schon treten neue an ihre Stelle.

Im Laufe der beiden Jahre, die seit der Besetzung Deutschlands vergangen sind, sind bereits etwa zehn offizielle Mitteilungen der westdeutschen Besatzungsbehörden erfolgt, in denen von der Liquidierung illegaler Naziorganisationen gesprochen wird. Die letzte derartige Mitteilung erfolgte Ende Februar 1947. Es handelte sich um die Aushebung einer illegalen Naziorganisation, die in Württemberg, Baden, Hessen, Nordbayern und in der englischen Besatzungszone tätig war.

Mitteilungen der Auslands presse zufolge existieren in Westdeutschland 30—40 verschiedene

illegalen Naziorganisationen. In Nürnberg operiert eine illegale Gruppe unter dem Namen „Acht und acht“, in Hannover, Hamburg und Flensburg die „Edelweißpiraten“, im Rheinland die „Höllenwegbande“, in Schleswig-Holstein der „Irma-Greese-Geheimbund“, in Lüneburg die „Radikalen Nazis“ (Rana), in Rastatt der „Stecknadelkopf“ usw. In letzter Zeit ist sowohl in der amerikanischen als auch in der britischen Besatzungszone eine „Deutsche Freiheits- und Friedensbewegung“ aufgetaucht.

Alle diese Organisationen und Gruppen führen, wie das „Neue Deutschland“ bemerkt, eine streng koordinierte „illegalen Politik“ durch.

* * *

Der zweite Plan für die illegale Tätigkeit der Nazis ist unter der Bezeichnung Plan „NN“ bekannt, was „Nach Niederlage“ bedeuten soll. Seine Aufgabe ist es, in breiten Bevölkerungsschichten des Landes nazifreundliche Stimmungen aufrechtzuerhalten, um die Unzufriedenheit mit dem Besatzungsregime und die Empörung darüber allmählich in schärfere Formen überzuführen. Die Situation soll durch planmäßige Verbreitung aller möglichen provokatorischen Gerüchte immer gespannter gestaltet werden. In dieser künstlich geschaffenen Atmosphäre der Nervosität und der Unzufriedenheit wollen die illegalen Nazizellen zu regerer Tätigkeit übergehen.

Der wichtigste Teil des „NN-Planes“ bestand darin, nach der Kapitulation die Entwicklung einer demokratischen Massenbewegung in Deutschland zu verhindern. Zu diesem Zweck wollte man innerhalb der demokratischen Organisationen eine Art „fünfte Kolonne“ schaffen.

Ferner sollten dem Plan entsprechend Reibungen zwischen den Parteien hervorgerufen und innerparteiliche Meinungsverschiedenheiten innerhalb der demokratischen Parteien und der freien Gewerkschaften geschürt werden. So wollte man den Zusammenschluß der demokratischen Organisationen verhindern. Die Urheber des Plans orientierten sich darauf, daß sie in den westlichen Besatzungszonen über größere Möglichkeiten für ihre Wühlarbeit verfügen würden als in demjenigen Teil Deutschlands, der von den Sowjettruppen besetzt werden würde.

Die Vorbereitung auf die Verwirklichung des „NN-Planes“ hinsichtlich der Bekämpfung der antifaschistischen Bewegung in der Nachkriegszeit begann bereits 1943. Sie kam zum Ausdruck in der Auswahl der entsprechenden Kräfte und darin, daß rechtzeitig eine „Atmosphäre des Vertrauens“ um sie geschaffen wurde, ohne die sie nicht in der Lage gewesen wären, im richtigen Augenblick vor den Massen aufzutreten. Zu diesem

Zweck entließen die Nazis gewisse Mitglieder der früheren Sozialdemokratischen Partei, die 1933 inhaftiert worden waren, aus den Konzentrationslagern. Selbstverständlich wurden diejenigen Personen entlassen, die der Gestapo ihre „Zuverlässigkeit“ bewiesen hatten. Unter den von den Nazis internierten Sozialdemokraten gab es eine bestimmte Anzahl von Leuten, deren Isolierung durch besondere Erwägungen bedingt war. Die Gestapo fand an ihnen höchst qualifizierte und außerordentlich willige Informatoren, die über die Stimmungen der Inhaftierten berichteten.

Nach der Kapitulation Deutschlands begann diese Art „Sozialdemokraten“ eine fiebrige Tätigkeit zu entfalten. Ihre Aufgabe war es, die Führung der Ortsorganisationen der SPD in ihre Hände zu bringen. Die aus der Vergangenheit als schlimmste Feinde der Einheit der deutschen Arbeiterklasse bekannten Elemente begannen auch jetzt vor allem in dieser Richtung zu arbeiten. Diese spalterische, antideutschdemokratische Tätigkeit fand leider in vielen Fällen die Unterstützung der Besatzungsbehörden in den westdeutschen Zonen.

* * *

Eine ihrer Aufgaben sehen die illegalen Nazis im Kampf gegen diejenigen Deutschen, die sich an der demokratischen Umgestaltung Deutschlands beteiligen. Zu diesem Zweck praktizieren die Nazis die faschistische Blutrache — die „Feme“. Verfemt bedeutet bekanntlich, jemand für vogelfrei erklären. Das mittelalterliche „Femrecht“ kannte besondere geheime Gerichte, die sogenannten Femgerichte, die nach 1918 von den Faschisten erneuert wurden. Jetzt bedienten sie sich auch bei ihrem Übergang in die Illegalität dieses mittelalterlichen Terrorsystems. Sie schufen geheime Femgerichte und beauftragten diese, „unzuverlässige“ Mitglieder der Illegalität zu beseitigen und Terrorakte gegen Demokraten durchzuführen. So fiel Anfang 1946 der junge Antifaschist Harry Schloemann vor dem Gebäude der KPD in Schwerin einer Mörderhand zum Opfer.

In der letzten Märzdekade wurde in Stuttgart ein Mitglied der Entnazifizierungsspruchkammer, Reinhold Hub, ermordet. Am 6. April wurde in Lengerich (britische Besatzungszone) der Leiter einer sozialdemokratischen Jugendgruppe, Helmut Koch, getötet. Der Mörder, ein gewisser Peter, ist als ein früherer Rädelshäger der Hitlerjugend identifiziert worden.

In Bayern wurden bei verhafteten Mitgliedern der Gruppe „Edelweiß“ die Listen von 400 namhaften deutschen Demokraten gefunden, die sie umlegen wollten.

Die faktische Straflosigkeit stimuliert die Terroraktivität der Nazis. Anfang Januar 1947 wurde in den Sitzungssaal der vierten Entnazifizierungsspruchkammer in Nürnberg, wo gegen Härtl, den früheren Direktor des Nürnberger Gestapogefängnisses, verhandelt wurde, eine Bombe geworfen.

In der Nacht zum 2. Februar explodierte in Nürnberg eine Zeitbombe im Büro Dr. Sachs', des Vorsitzenden der Kammer, die gegen Papen verhandelte. Ein paar Tage später explodierten von den faschistischen Terroristen gelegte Bomben unter dem Gebäude der SPD in Nürnberg. Am Abend des 26. März explodierte eine Bombe im Gebäude der Hilfsorganisation zur Unterstützung von Personen, die aus religiösen oder rassischen Gründen verfolgt worden waren. Am 22. März setzten „unbekannte Täter“ das Gebäude der Entnazifizierungsspruchkammer in Schlüchtern (amerikanische Besatzungszone) in Brand.

Die Femegruppen bestehen aus wenigen Mitgliedern und operieren unabhängig voneinander in verschiedenen Teilen des Landes. Ihrer Bandentätigkeit liegen jedoch einheitliche Prinzipien und Methoden zugrunde. Es sind hauptsächlich Jugendliche, die an den banditischen Terrorgruppen beteiligt sind. Überhaupt ist die frühere Hitlerjugend einer der Hauptlieferanten von Kräften für die Nazilegalität.

Seit der Besetzung Deutschlands sind mehrere illegale Jugendorganisationen der Nazis festgestellt worden.

Bald nach der Kapitulation Hitlerdeutschlands, im Mai 1945, wurde eine illegale Jugendorganisation der Nazis, die sogenannten „Edelweißpiraten“, festgestellt. An ihrer Spitze stand damals Artur Axmann, der Nachfolger Schirachs auf dem Posten des Reichsführers der Hitlerjugend. Als die Alliierten Deutschland besetzten, ging die Führung der Organisation mit Axmann an der Spitze in die Illegalität über und gab, um ein Hochgehen zu vermeiden, in der ersten Zeit keinerlei Lebenszeichen von sich. Axmanns Hauptaufgabe war damals, die finanziellen und materiellen Mittel für die illegale Organisation zu beschaffen. Zu konspirativen Zwecken wurde die Aufbewahrung großer Geldmittel einem zweitrangigen Mitarbeiter des früheren Stabes der Hitlerjugend, Heydemann, anvertraut. Heydemann gab sich als Geschäftsmann aus und gründete in Bayern eine solide Kleinhandelsgesellschaft, deren zahlreiche, in den Städten der britischen und der amerikanischen Zone eröffnete Filialen restlos mit früheren namhaften Mitgliedern der Hitlerjugend besetzt wurden und sich dadurch zu Sammelpunkten und Residenzen der „Edelweißpiraten“ entwickelten.

Unter ihrem Schutz warb die Organisation die erforderlichen Kräfte hauptsächlich unter den Mitgliedern der früheren Hitlerjugend an. Besondere Aufmerksamkeit wurde der Heranziehung der müßigen Jugend geschenkt, die in so großer Anzahl in den westdeutschen Zonen durch die Straßen der Städte schlendert.

Die „Edelweißpiraten“ machten damit den Anfang, daß sie faschistische Embleme auf städtische Gebäude malten und Gewaltakte gegen die der Repatriierung unterliegenden Ausländer unternahmen. Bald wurden in Norddeutschland selbständige Organisationen geschaffen, die von einem gewissen Lochel und Kurt Budeus geleitet wurden, während in der amerikanischen Zone Heydemann an der Spitze der Organisation stand.

Ende März 1946 haben die englisch-amerikanischen Militärbehörden Axmanns Organisation aus. Bei gleichzeitigen Razzias wurden in der amerikanischen und der britischen Zone insgesamt etwa 1000 Mitglieder der illegalen Organisation verhaftet.

Obgleich die alliierten Behörden der Meinung sind, nach dieser Operation habe die illegale Bewegung der Nazijugend ihre Existenz eingestellt, sprechen doch die Tatsachen eine andere Sprache. Die heimliche Wühlarbeit der jungen Nazis dauert zweifellos an. Sie verfügen über Waffen, Geld, Papiere, Verkehrsmittel usw.

Gab es 1945 in den deutschen Hochschulen keinen einzigen Fall offen hitlerfreundlicher Aktionen, so wurden die faschistischen Ausfälle deutscher Studenten in den Jahren 1946 und 1947 eine immer häufigere Erscheinung, zumal die deutschen Universitäten nach wie vor Pflanzstätten der Nazipropaganda blieben. In vielen von ihnen wird bis auf den heutigen Tag immer noch nach dem Lehrprogramm der Hitlerzeit doziert. Die Professorenschaft wurde nur oberflächlich von faschistischen Elementen gesäubert. Die Besetzungsbehörden der Westzonen sind geneigt, die politischen Überzeugungen der Professoren als deren persönliche Angelegenheit zu betrachten. Diese Idee „unpolitischer“ Wissenschaft entspricht am allerbesten den Zwecken der illegalen Nazi-elemente.

Unter den Hörern der deutschen Hochschulen gibt es jetzt viele frühere Offiziere und frühere Nazis. Solche Elemente gründeten an der Universität Göttingen eine illegale Naziorganisation, die sich „Antimarxistische Union“ nennt. Die Mitglieder dieser Organisation versenden Drohbriefe an demokratisch denkende Studenten.

* * *

Die Tätigkeit der unterirdischen Hitlerfaschisten in den westdeutschen Besatzungszonen kann

kaum im vollen Sinne des Wortes als illegal bezeichnet werden, so offen operieren die Hitlerfaschisten dort. Selbst in Haft befindliche Gestapo- und SS-Banditen haben die Möglichkeit, sich an ihr zu beteiligen. Die deutsche demokratische Presse veröffentlicht systematisch eingehende Informationen über diesen Punkt. Das „Neue Deutschland“ erklärt, in den bayrischen Internierenslagern bestehe auch weiter der hitlerfaschistische Organisationsapparat. Das geschieht nicht nur vor den Augen der Behörden, sondern auch unter ihrer Gönnerschaft.

Wie Clark, ein Korrespondent der „New York Times“, aus Berlin meldet, beschäftigen sich die im Internierenslager Moosburg bei München inhaftierten Personen mit illegaler Tätigkeit, in stillschweigendem Einverständnis mit den Deutschen und Polen, die das Lager bewachen. Die Inhaftierten haben dort eine Art „technisches Kabinett“ geschaffen, in denen für illegale Elemente falsche Papiere angefertigt werden. Sie fabrizieren Pässe, Lebensmittelkarten und andere Dokumente. Einzelne Häftlinge haben es fertiggebracht, nach Übersee zu entfliehen. Wie der stellvertretende bayrische Ministerpräsident Höglner erklärt hat, bestehen in den Lagern für internierte SS-Leute nach wie vor eigene Gerichte, die strenge Urteile fällen.

Im Lichte der angeführten Tatsachen kann die Erklärung, die der bayrische Staatskommissar Dr. Philipp Auerbach kürzlich auf einer Delegiertenversammlung des Verbandes der Verfolgten des Naziregimes abgegeben hat, keine Sensation hervorrufen. Wie er mitteilte, erhalten die im Internierenslager eingesperrten Nazis aus den USA aufmunternde Briefe, in denen sie zum „Durchhalten“ aufgefordert werden und ihnen versichert wird, man werde „für sie sorgen“. Wirklich erhalten die Inhaftierten aus den USA Lebensmittel-pakete. Die erste derartige in Bayern eingetroffene Sendung wurde der Frau Martin Bormanns ausgehändigt.

Die Erklärung General McNarneys, es gebe „kein Anzeichen für die Existenz einer wie immer gearteten organisierten Nazibewegung“, oder General Clays, die Tätigkeit der Wühlverbände könne keine großen Ausmaße annehmen, sind nichts als eine Irreführung der Weltöffentlichkeit. Die Tatsachen widerlegen restlos ihre Behauptungen. Die illegalen Nazis in Deutschland sind nicht nur da, sie zeigen auch eine Tendenz zu regeher Wühlarbeit. Allerdings sind die Ausmaße der unterirdischen Naziorganisationen in Deutschland und der Maßstab ihrer Tätigkeit viel geringer, als das von den Hitlerhauptlingen geplant worden war. Die in der Sowjetzone durchgeführte

konsequente Denazifizierung und der feste Kurs auf die Unterstützung und Entwicklung der demokratischen Bewegung hat den illegalen Hitlerfaschisten in bedeutendem Maße den Boden unter den Füßen entzogen. Ihre dortige Tätigkeit geht nicht hinaus über den Rahmen des gewöhnlichen Banditismus.

In den westdeutschen Besatzungszonen aber dient die Naziillegalität in bestimmtem Maße als ein Werkzeug zur Verwirklichung der Pläne der internationalen Reaktion. Da die illegalen Hitlerverschwörer gegen die demokratische Bewegung in Deutschland kämpfen, da ihre Tätigkeit gegen die Sowjetunion gerichtet ist, hält man es nicht für notwendig, sie ernstlich zu bekämpfen.

Diese Politik des „Allverzeihens“ gegenüber den faschistischen Banditen ist schädlich und gefährlich. Sie läuft den Potsdamer Beschlüssen

über die Ausrottung der Naziideologie und den Aufgaben der demokratischen Umgestaltung des Landes stracks zuwider. Sie widerspricht auch den zahlreichen feierlichen Erklärungen offizieller Persönlichkeiten der USA und Englands über die Umerziehung der Deutschen, besonders der jungen Generation. Während das Gerede von der Umerziehung fortduert und erklärt wird, „kein einziger Nazi“ stehe im Dienst der englischen Behörden, graben die von Menschenhaß erfüllten faschistischen Banden ihren Sprengstollen unter dem Gebäude der deutschen Demokratie, das mit so viel Mühe errichtet wird. Nur durch das Fehlen eines entschlossenen Kampfes gegen die Überreste des Faschismus und die Vorschubleistung der Besatzungsbehörden für alle reaktionären Elemente läßt es sich erklären, daß die illegalen Nazis in den westdeutschen Zonen so rege sind.

Internationale Umschau

(Notizen)

EINE SELBENTLARVUNG

Die öffentliche Meinung der Sowjetunion hat leider wiederholt feststellen müssen, daß die Versicherungen der führenden Männer der Labourpartei, sie seien bestrebt, die Beziehungen zwischen England und der Sowjetunion zu entwickeln und zu konsolidieren, völlig in Widerspruch stehen zu ihrer wirklichen Politik in dieser Frage. Die Labourkonferenz von Margate hat das bestätigt. Die Parteortsgruppe Southampton brachte bekanntlich auf dieser Konferenz den Antrag ein, es solle den Mitgliedern der Labourpartei erlaubt werden, sich an der Tätigkeit der British-Soviet Society zu beteiligen. Es wurde ferner beantragt, den Bericht des Vollzugsausschusses in dem Teil abzulehnen, wo gesagt wird, die Mitgliedschaft in dieser Vereinigung sei unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Partei.

Einige Delegierte, die für diese Anträge eintraten, erklärten, die Tätigkeit der britisch-sowjetischen Freundschaftsgesellschaft, die das gegenseitige Verständnis zwischen England und der Sowjetunion zu verbessern und die Beziehungen zwischen ihnen auszubauen bemüht ist, sei von großer Bedeutung für die Sache des Friedens. In

dieser Vereinigung arbeiten viele namhafte Männer der Öffentlichkeit, teils Parteilose, teils Mitglieder verschiedener Parteien, und es besteht kein Anlaß, die Labouristen, die an ihr mitarbeiten, zu diskriminieren. Trotzdem wurde auf Verlangen des Vollzugsausschusses der Antrag der Southamptoner abgelehnt und ein Veto eingelegt gegen die Teilnahme der Labouristen an der Gesellschaft für Freundschaft zwischen England und der Sowjetunion. Das einzige Argument, das für diesen Beschuß ins Feld geführt wurde, war die Tatsache, daß in der erwähnten Organisation u. a. auch Kommunisten mitarbeiten.

Henry Wilson, Bischof von Chelmsford, der frühere Vorsitzende des Nationalrats für englisch-sowjetische Einheit, protestierte vor Pressevertretern dagegen, daß die Führung der Labourpartei diese Organisation als eine kommunistische hinstellt. Wilson erklärte:

„Von Anfang an und von ihren Wurzeln her galt es als ausgemachte Sache, daß sie mit keiner politischen Partei assoziiert sein wird. Ich habe nichts zu tun mit irgendeiner Partei als solcher, und eben daraufhin habe ich mich mit dieser Gesellschaft assoziiert. Meine Bedingungen sind immer die gewesen, daß sie ein überparteilicher Zusammenschluß sein muß, und ich glaube, daß die Mitarbeiter das loyal ausgeführt haben.“

Die Mitglieder der Labourpartei, die in der Freundschaftsgesellschaft mitarbeiten, sind durch den Beschuß des Vollzugsausschusses in eine schwierige Lage geraten. Einige von ihnen haben aus Gründen der Parteidisziplin erklärt, daß sie mit Befauern aus der Gesellschaft austreten. So erklärte Lady Strabolgi, die Leiterin des Hauses für Englisch-Sowjetische Freundschaft, sie verlasse diesen Posten sehr ungern. Weiter erklärte sie:

„Ich bedauere den Beschuß der Parteikonferenz wirklich sehr tief. Mir scheint, er bedeutet in Wirklichkeit viel Aufhebens um nichts.“

Harold Clay ließ sich, als er auf der Margater Konferenz im Namen des Vollzugsausschusses für das Verbot der Mitgliedschaft eintrat, zu der kühnen Erklärung hinreißen, „wahre Freundschaft für Sowjetrußland“ sei „in dieser Bewegung“ (d. h. in der Labourpartei) zu finden.

Die Politik der Labourregierung bietet keine Bestätigung für diese Erklärung. Sie strebt nicht nach Konsolidierung und Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen England und der Sowjetunion. Das sagten auch Delegierte der Margater Konferenz. Das Verbot der Mitgliedschaft in der erwähnten Vereinigung ist eine volle Bestätigung für die Richtigkeit der Kritik, die an der Politik der Labourführung gegenüber der Sowjetunion geübt wird.

Jeder wird natürlich den Beschuß der Margater Konferenz vergleichen mit Bevins wiederholt vorgebrachtem Vorschlag, den Freundschaftsvertrag zwischen England und der Sowjetunion auf 50 Jahre zu verlängern. Eine Logik gibt es hier offenbar nicht: einerseits Freundschaftsvertrag auf 50 Jahre, anderseits das Verbot, sich an einer Organisation zu beteiligen, die die Konsolidierung dieser Freundschaft bezweckt. Der Beschuß der Margater Konferenz kann also nur als eine Selbstdarstellung der Leiter der englischen Außenpolitik aufgefaßt werden.

EINE POLITIK VOLLZOGENER TATSACHEN

Am 6. und 7. Juni tagte in München eine Konferenz der Ministerpräsidenten der deutschen Länder. Den offiziellen Erklärungen zufolge wurde diese Konferenz auf Initiative des bayrischen Ministerpräsidenten Ehard einberufen, um dringende Probleme des deutschen Volkes zu erörtern und zu ihrer effektiven Lösung beizutragen.

Es muß gesagt werden, daß weder die Vorbereitung der Konferenz noch diese selbst die Erreichung des erwähnten Ziels gefördert haben.

Zunächst wurde die Konferenz der deutschen Ministerpräsidenten über Fragen, die für ganz Deutschland Interesse haben, nicht nach Berlin, der Hauptstadt Deutschlands, sondern nach München einberufen. Schon das wirft Licht auf ihren Sinn. Ferner wurden zur Erörterung der deutschen Probleme keine Vertreter der demokratischen Parteien und Gewerkschaften herangezogen, obgleich die Ministerpräsidenten aus den Ländern der Sowjetzone schon vor der Konferenz entsprechende Vorschläge machten. Schließlich tagte die Konferenz ohne die Ministerpräsidenten der Länder der sowjetischen Besatzungszone. Sie waren gezwungen, gleich zu Anfang die Konferenz zu verlassen, da die Ministerpräsidenten der Westzonen ihren einzigen Antrag — die Frage der Bildung einer deutschen Zentralverwaltung auf Grund eines Abkommens der demokratischen Parteien und der Gewerkschaften zwecks Schaffung eines einheitlichen deutschen Staates auf die Tagesordnung zu setzen — kategorisch ablehnten.

Dieser Antrag entsprach dem Potsdamer Abkommen und ergab sich aus ihm. Es ist schwer, die kapitale Lösung der dringenden wirtschaftlichen und politischen Fragen, vor denen Deutschland steht, in Angriff zu nehmen, ohne Schritte getan zu haben, um gesamtdeutsche Verwaltungsorgane zu schaffen.

Natürlich war es kein Zufall, daß die Minister aus den Ländern der Westzonen diesen Antrag ablehnten. Diese Minister bringen nicht den Willen der Bevölkerung des ihnen unterstellten Teils von Deutschland zum Ausdruck, sondern die Politik der englischen und der amerikanischen Behörden. Das Ziel dieser Politik ist die Zerstückelung des Landes, die Lostrennung Westdeutschlands. Die Ministerpräsidenten der Länder der Westzonen wollten offenbar die deutschen Fragen erörtern, ausgehend davon, daß Westdeutschland ein von dem übrigen Deutschland getrenntes Gebiet darstellen werde. Deshalb paßt ihnen die konkrete Frage nach der Einheit Deutschlands nicht in den Kram.

Die Münchener Konferenz wurde, wie die Tatsachen zeigen, so geschoben, daß den Ministerpräsidenten der Länder der Sowjetzone die Beteiligung unmöglich gemacht wurde. Ihre Einladung war nicht mehr als ein formaler Tribut an die öffentliche Meinung.

Wie der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, der Sozialdemokrat Hermann Lüdemann, am 6. Juni auf einer Pressekonferenz mitteilte, bildeten am Tage vor Beginn der Münchener Konferenz die 7 sozialdemokratischen Ministerpräsidenten einen Block, der sich das Ziel steckte, denjenigen Ministerpräsidenten, die Mitglieder

der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands sind, d. h. 4 von den 5 Ministerpräsidenten der Sowjetzone, die Beteiligung an der Konferenz unmöglich zu machen.

Die Münchener Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder der Westzonen muß im Zusammenhang mit dem englisch-amerikanischen Abkommen über die Schaffung zweizonaler Organe der deutschen Verwaltung als eines der Glieder in der gesamten Kette der auf die Lostrennung Westdeutschlands gerichteten Maßnahmen betrachtet werden. Die angelsächsischen Mächte wollen offenbar die im November stattfindende Londoner Konferenz des Außenministerrates vor die vollzogene Tatsache der Zerstückelung Deutschlands stellen.

EIN SCHLECHTER PROPHET

Oberst Karl Axel Bratt, ein schwedischer Militärbeobachter, der während des Krieges ständig an der profaschistischen Zeitung „Dagens Nyheter“ mitarbeitete, gab längere Zeit kein Lebenszeichen von sich. Seitdem die Hitlertruppen an der Sowjetfront eine Niederlage nach der andern erlitten, tauchte Bratts Name immer seltener in der Presse auf. Im Jahre 1945, nach der Zerschlagung der faschistischen Achse, verschwand er ganz. Hier zeigte sich eine gewisse Schicksalsgemeinschaft zwischen dem Hitlerregime und dem schwedischen Militärbeobachter, die kein Zufall ist: Bratt gehörte zu den schlechten Propheten, die einen Blitzsieg der Hitlertruppen voraussagten, als diese 1941 die Sowjetunion überfielen.

Die gegenwärtige internationale Situation aber stimuliert offenbar aufs neue die Tätigkeit des schwedischen Obersten. Jetzt ist sein Name wieder in der schwedischen Presse zu finden. Wieder befaßt er sich mit Prophezeiungen. Diesmal sagt er einen neuen Weltkrieg voraus. In der Juninummer der schwedischen Zeitschrift „Obs“ veröffentlichte Bratt einen Artikel, worin er schreibt, 1953 werde der Krieg „plötzlich von Rußland begonnen“ werden. In diesem Krieg werde der Sowjetunion der „Westblock“, geschart um die USA, gegenüberstehen. Bratt spart keine Farben, um ein düsteres Bild zu malen von der Zerstörung Neuyorks und Chikagos und um „kommunistische Aufstände“ in Frankreich und Italien zu schildern.

Der Sinn aller dieser „Voraussagen“ läuft darauf hinaus, die USA aufzurufen, „rechtzeitig vorbereitende Maßnahmen zu treffen“, und zwar „in riesigen Maßstäben“. Bratt schlägt den angelsächsischen Mächten vor, „Millionenarmeen“ in

Frankreich zu konzentrieren. Er empfiehlt den USA, sich nicht auf die Stützpunkte zu beschränken, über die sie heute in Island und Grönland verfügen, sondern sich in Afrika und China festzusetzen und gleichzeitig auch Großbritannien in ihren militärischen Stützpunkt zu verwandeln.

Auch in der internationalen Politik hat Bratt Vorschläge zu machen. Er ist vor allem für die Ausnutzung des militaristischen Deutschlands im Interesse des Antisowjetblocks. Dann räumt Bratt mit der UNO auf, die ihm offenbar im Wege ist. Er schreibt:

„Wenn die Ereignisse sich so entwickeln, so kann man mit Gewißheit sagen, daß die Organisation der Vereinten Nationen zusammenbrechen wird.“

Der schwedische Oberst schlägt den USA vor, an Stelle der UNO eine Koalition zu schaffen, zu deren Führung Amerika von der Geschichte berufen sei.

Bratts Vorschläge erheben natürlich keinen Anspruch auf Originalität. Sie sind auf den Geschmack der transatlantischen Weltherrschaftsprätendenten berechnet. Wie die Redaktion der Zeitschrift „Obs“ mitteilt, wird der Aufsatz des schwedischen Obersten gleichzeitig auch in den USA veröffentlicht.

Bratts frühere Weissagungen haben ihm durchaus nicht den Ruf eines wahren Propheten verschafft. Sie waren keinen Pfifferling wert. Man kann jedoch nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß der faschistelnde Oberst, der eine Propaganda des Menschenhasses verbreitet, Mitglied der Schwedischen Akademie für Kriegswissenschaften ist, die in Schweden als offizielle Institution gilt und unter dem Patronat des Königs steht. Ganz augenscheinlicherweise sind die von Oberst Bratt veröffentlichten Schriften nicht geeignet, den militärischen und wissenschaftlichen Ruhm dieser Akademie zu mehren.

35 MILLIONEN PUND AUS DER TASCHE DER ENGLISCHEN FRAUEN

Ein himmelschreidendes Beispiel der sozialen Ungleichheit in England ist die Diskriminierung der erwerbstätigen Frauen in Betrieben und Büros. Für gleiche Arbeit erhalten sie eine Bezahlung, die zuweilen nicht mehr als die Hälfte der Bezahlung der Männer beträgt. Das ist vorteilhaft für die Arbeitgeber und drückend für die Arbeiterfamilien, besonders in den Nachkriegsjahren, wo die Anzahl der Frauen in der Produktion so gestiegen ist, daß sie in manchen Betrieben die Mehrheit der Arbeitenden ausmachen.

Die letzte Konferenz der Labouristen in Margate hat mit Stimmenmehrheit eine Resolution angenommen, wonach auf die Frauen, die in Behörden und Büros des Staates und der örtlichen Selbstverwaltung arbeiten, sofort das Prinzip gleicher Bezahlung für gleiche Arbeit angewandt werden soll. Die Vertreter des Vollzugsausschusses der Labourpartei protestierten gegen diese Resolution. Trotzdem wurde sie angenommen, und viele Millionen in England arbeitender Frauen warten darauf, daß die Labourregierung sie in die Tat umsetze.

Vergebliche Erwartungen! Am 11. Juni erklärte Schatzkanzler Hugh Dalton im Unterhaus, die Regierung habe beschlossen, diese Reform nicht durchzuführen, da jetzt nicht die Zeit dafür sei. Der Minister meinte, die Einführung gleicher Bezahlung für gleiche Arbeit in allen staatlichen Institutionen mache zusätzliche Ausgaben von jährlich 35 Millionen Pfund Sterling erforderlich. Die arbeitenden Frauen Englands wissen jetzt also genau, wieviel Millionen Pfund Sterling ihren nicht sehr dicken Geldbörsen entzogen werden.

Die Labourregierung ist der Auffassung, es sei jetzt nicht an der Zeit, dieses den englischen Arbeiterinnen und Angestellten vorenthalte Geld auszuzahlen, da das für das Land eine zu schwere Bürde sein würde.

Eine solche Erwägung klingt schwerlich überzeugend für die englischen Arbeiter und Arbeiterrinnen. Sie haben auf Gewerkschaftskonferenzen nicht wenige gerechtfertigte Erwägungen darüber vorgebracht, von welchen Lasten der englische Staatshaushalt befreit werden müßte: vor allem von den riesigen Ausgabenlasten, die Bevins Außenpolitik erheischt, insbesondere der Unterhalt großer Armeen auf fremden Territorien und die Unterstützung reaktionärer Staatsysteme in einer Anzahl von Ländern.

DIE HINTERGRÜNDE EINES RÜCKTRITTS

Spruille Braden, der stellvertretende USA-Staatssekretär für Angelegenheiten Lateinamerikas, ist zurückgetreten. Sein Rücktritt hat zahlreiche Kommentare in den amerikanischen Zeitungen hervorgerufen, die recht gut Aufschluß geben über die Politik der USA in den Ländern Lateinamerikas.

Alle Zeitungen bemerken, Bradens Rücktritt sei durch den Druck militärischer Kreise veranlaßt worden. Sie waren unzufrieden damit, daß Braden die Rüstungspolitik der lateinamerikanischen Länder nicht genügend aktiv unterstützte, da er der Meinung war, daß die in vielen dieser Länder existierenden Regierungssysteme faschistischen

und halbfaschistischen Typs die Waffen ausnutzen könnten, um sich künstlich an der Macht zu behaupten.

Der Washingtoner Korrespondent der „Chicago Daily News“ schreibt:

„Die Armee opponierte konsequent gegen Bradens Politik und kämpfte für die Politik, die die Administration jetzt adoptiert hat.“

Die Zeitung meint, Bradens Rücktritt zeige

„die mächtige Rolle, die die USA-Armee jetzt bei der Festlegung und Verwirklichung der auswärtigen Politik spielt.“

„PM“ bemerkt, Bradens Entfernung zeige an, daß die militärischen Kreise die Außenpolitik in der westlichen Hemisphäre unter ihre Kontrolle genommen haben.

Braden hatte sehr einflußreiche Gegner, von denen einer Senator Vandenberg war. Seine Gegner waren der Auffassung, die USA-Diplomaten müßten in Argentinien und Brasilien den schleunigsten Abschluß von Militärabkommen anstreben, und nicht darüber streiten, wieviel Naziagenten es dort gibt.

Im Zusammenhang mit dem Rücktritt Bradens konstatiert die „New York Herald Tribune“, die USA seien „gezwungen, ihre Zuflucht zu nehmen zu einer Annäherung“ an Regierungssysteme faschistischen Typs. Dementsprechend ist die Politik des USA-Imperialismus in den Ländern Lateinamerikas vor allem auf die Erdrosselung der Demokratie gerichtet. Die brasilianische Zeitung „Tribuna Popular“ schrieb am 17. Mai in einem redaktionellen Artikel:

„Das brasilianische Volk ist davon überzeugt, daß die jetzige Offensive gegen die Demokratie in Brasilien direkt vom USA-Imperialismus organisiert worden ist. Der Rauchvorhang, den unsere reaktionäre Presse schafft, wird aus geheimen Propagandafonds der USA bezahlt, und er soll helfen, unser Vaterland endgültig den USA-Kapitalisten zu unterwerfen.“

Im Lichte der Tatsachen erscheint die von gewissen amerikanischen Zeitungen geäußerte Hoffnung, daß Washingtons „neue Politik“ dazu beitragen werde, konstruktive und wirklich demokratische Aufgaben zu verwirklichen, als eine einigermaßen heuchlerische Erklärung.

ÜBER EINIGE OPERATIONEN DES LANDWIRTSCHAFTSMINISTERIUMS DER USA

Auf Verfügung des U.S. Department of Agriculture wurden vor kurzem bei Farmern in Alabama mehrere zehntausend Bushel neue Kartoffeln aufgekauft, mit Petroleum übergossen und so vernichtet. Der Kaufpreis betrug nur ein Fünftel des Marktpreises, den die Hausfrauen der Südstaaten für Kartoffeln bezahlen.

Ein Sprecher des Landwirtschaftsministeriums hat diese Tatsachen zugegeben. Er mußte sich für die erwähnten Operationen verantworten, als der Kongreßmann Anderson vom Staate Minnesota eine Rede hielt, in der er ausführte:

„Während Agenten des Department of Agriculture riesige Haufen neuer Kartoffeln in Alabama, Nordkarolina, Virginia und anderen Südstaaten mit Petroleum übergießen, kommen Kartoffeln von Kanada herein, um diese Märkte zu beliefern, und zwar zu höheren Preisen für die Verbraucher, die die hohen Lebenshaltungskosten kaum noch tragen können.“

Die Geschichte mit den durch Petroleum denaturierten Kartoffeln klingt reichlich skandalös. Der Vertreter des Landwirtschaftsministeriums wollte die Sache so hinstellen, als ob die Kartoffeln vernichtet worden seien, weil sie schlechter Qualität waren und „niemand sie kaufen wollte“.

Diese Erläuterung hat die werktätige Bevölkerung des Staates Alabama schwerlich zufrieden gestellt. Die Chronisten der sozialen Kontraste Amerikas können in diesem Staate die erschütternden Beispiele finden für das „Elend inmitten des Überflusses“. Die Kartoffelpreise sind für die Masse der Bevölkerung hier durchaus keine abstrakte Angelegenheit. Sie haben Grund zu dem Verdacht, daß die Vernichtung der Kartoffeln, die von Agenten der Regierung bei den Farmern zu niedrigen Preisen aufgekauft werden, im Interesse der Großhändler erfolgt, die die hohen Marktpreise für Kartoffeln aufrechterhalten möchten.

Im Zusammenhang mit der Vernichtung der Kartoffeln im Staate Alabama haben zwei Kongreßmitglieder — Johnson und Murray — einen Gesetzentwurf eingebracht, der es dem Landwirtschaftsministerium verbietet, für Speisezwecke brauchbare landwirtschaftliche Produkte zu vernichten. Offenbar zur Beruhigung der öffentlichen Meinung sind einige Ämtspersonen mit Erklärungen aufgetreten, wonach die Vernichtung von Lebensmitteln eine bedauerliche Tatsache sei und das Landwirtschaftsministerium bereits eine Verfügung erlassen habe, durch die es verboten wird, Kartoffeln mit Hilfe von Petroleum unbrauchbar zu machen.

Diese Erklärung, die besänftigend wirken sollte, klingt etwas zweideutig. Man kann die Sache so verstehen, als handle es sich nur darum, auf welche Weise die Kartoffeln ungenießbar gemacht werden — mit Hilfe von Petroleum oder auf andere Weise. Bekannt ist, daß in den USA zwecks Aufrechterhaltung der hohen Nahrungsmittelpreise — innerhalb des Landes und auf dem Weltmarkt — die sogenannten „Überschüsse“ von Getreide oder Mais nicht nur mit Hilfe von Petroleum, sondern auch auf andere Arten vernichtet bzw. an das Vieh verfüttert werden.

Kein Land kann Ehre damit einlegen, wenn die hohen Marktpreise dadurch aufrechterhalten werden, daß Lebensmittel vernichtet und die Ausgaben hierfür aus Staatsmitteln bestritten werden. In unseren Tagen, wo in dem von den Hitlerfaschisten verheerten Europa Millionen Menschen hungern, ist die Monstrosität dieser Erscheinung ganz besonders deutlich.

EIN AUSSENPOLITISCHES BEGRÄBNIS

Am 6. Juni starb irgendwo in Nordwales Władysław Raczkiewicz, der von der polnischen Emigrantenclique zum „Präsidenten“ Polens gemacht worden war. Er war ein politischer Geschäftemacher von äußerst schlechter Reputation, ein treuer Kampfgefährte des Faschisten Sosnkowski, ein wütender Feind des demokratischen Polens.

Man hätte meinen können, das Ableben des alten Reaktionärs sei nichts als ein Familienunglück für die paar katilinarischen Existzenzen, die in der Emigration die ihnen verbliebene Zeitspanne zu Ende leben. So wäre es sicherlich auch gewesen, wenn die englische Regierung sich nicht beeilt hätte, Raczkiewicz unter feierlichem Gepränge bestatten zu lassen.

Zeitungsmeldungen zufolge befand die englische Regierung es für nötig, offizielle Vertreter zum Begräbnis Raczkiewicz' zu entsenden und sich überhaupt so zu benehmen, als sei der verstorbene Pan das Oberhaupt eines Staates, mit dem England normale diplomatische Beziehungen unterhielte. Namentlich stellte das sog. polnische Umsiedlerkorps eine bewaffnete Truppe, um Raczkiewicz „militärische Ehren“ zu erweisen.

Das zeremonielle Begräbnis des Expräsidenten der Exregierung der Emigranten veranlaßt natürlich einige befreundete Fragen.

Bekanntlich erkennt die Regierung Großbritanniens schon seit dem 5. Juli 1945, d. h. bereits zwei Jahre, offiziell die gesetzliche Regierung der Polnischen Republik an, die sich in ihrer Hauptstadt, in Warschau, befindet. Die demonstrative Ehrung des offenen Feindes der Polnischen Republik beleidigt zweifellos die Gefühle des polnischen Volkes. Wenn einige Mitarbeiter des Foreign Office bis auf den heutigen Tag Liebe für die polnische reaktionäre Emigration empfinden, so hätten sie ja schließlich privat zum Grabe Raczkiewicz' pilgern können...

Ferner. Wenn das polnische Umsiedlerkorps in England wirklich eine durch und durch friedliche Organisation wäre, wie die Leiter der englischen Politik wiederholt behauptet haben, woher stammt dann die „bewaffnete Truppe“, die den sterblichen Überresten des hingeschiedenen Reaktionärs

„militärische Ehren“ erweisen konnte? Auch hierdurch wird bewiesen, daß die Knüppelhelden des Generals Anders, die jetzt in England „umerzogen“ werden, trotz der Versicherungen der englischen Behörden nicht bloß mit Axt und Spaten bewaffnet sind.

Pas Tun und Treiben um den toten Raczkiewicz geht allem Anschein nach auch nach seinem Begräbnis weiter. Mit Wissen und Unterstützung der englischen Behörden ging in London die Komödie der Ernennung eines „Nachfolgers des Präsidenten“ über die Bretter, für welche Rolle

ein anderer politischer Abenteurer — August Zaleski — ausersehen wurde. Dieser Akt erfolgte, wie es in der Mitteilung heißt, „entsprechend der Verfassung“, d. h. offenbar entsprechend der Verfassung Pilsudskis, die das polnische Volk schon lange auf den Kehrichthaufen der Geschichte geworfen hat.

Es entsteht der Eindruck, als ob manche Amtspersonen Englands während des Krieges sich durch das Spiel mit den politischen Gespenstern der polnischen Emigration so haben hinreißen lassen, daß sie es bis auf diesen Tag in keiner Weise lassen können.

In Jugoslawien

(Notizen einer Korrespondentin)

A. NASAROWA

JUGOSLAWIEN ist nicht nur von vielerlei Nationalitäten bevölkert, es bietet dem Besucher auch ein abwechslungsreiches Panorama dar. Jede Republik hat ihr eigenes „Gesicht“. Die Landschaft Sloweniens gleicht in nichts der des benachbarten Kroatiens, Bosnien unterscheidet sich stark von Mazedonien, obwohl es ebenfalls bergig ist. Ja, sogar das Wasser der Save, eines der größten Flüsse Jugoslawiens, ist in Slowenien blau, in Kroatien grünlich, in Serbien silbergrau, in der Wojewodina schmutziggelb.

Auch die Völker Jugoslawiens, die Serben, Kroaten, Slowenen, Mazedonier und Montenegriner (ganz zu schweigen von den nationalen Minderheiten, deren es im Lande nicht wenige gibt), gleichen einander weder in ihren Sitten noch in ihrer Kultur. Vor noch nicht langer Zeit standen diese Völker, infolge der reaktionären Politik der Herrscher des alten Jugoslawiens und noch mehr infolge des Einflusses der ausländischen Imperialisten, miteinander auf dem Kriegsfuß.

Im neuen demokratischen föderativen Jugoslawien ist diese Feindseligkeit verschwunden. Die im Befreiungskampf zustande gekommene Einheit hat die Völker eng miteinander verbrüdert, sie bauen in gemeinsamer Arbeit ihr Land auf.

Ich besuchte alle Volksrepubliken Jugoslawiens außer Montenegro und traf mit Vertretern der verschiedensten Gesellschaftskreise und Berufe

zusammen, angefangen von Bauern und Arbeitern bis zu den größten Gelehrten und Schriftstellern des Landes. Alle, ganz gleich, auf welcher gesellschaftlichen Stufe sie stehen, sind tief durchdrungen vom Stolz auf ihr Land, auf ihr Volk, auf die Erfolge des erneuerten Staats, auf ihre echte Volksregierung.

Besonders stark macht sich dieser Stolz in Mazedonien und Bosnien fühlbar, wo die Bevölkerung zum erstenmal wirkliche nationale Unabhängigkeit erhalten und aufgehört hat, ein Spielball der „Starken dieser Welt“ zu sein. Man versuchte die Mazedonier bald zu Serben, bald zu Bulgaren zu machen, bald wieder wollte man sie zwingen, sich Griechen zu nennen. Die Interessen des mazedonischen Volkes galten nichts, sie wurden einfach übergangen.

Erst im demokratischen föderativen Jugoslawien besitzen die Mazedonier freie Entwicklungsmöglichkeiten. Das analphabetische, noch sehr arme Volk schafft unermüdlich, es lernt mit Begeisterung und entwickelt sich in politischer Beziehung.

Mazedonien hat herrliche alte Kulturdenkämler. Seine Klöster sind wohl die schönsten und ältesten des Balkans. Das mazedonische Volk besitzt eine reiche und außerordentlich interessante Folklore. Seine Volkslieder gehören zu den meistenschönsten, seine Volkstänze zu den schönsten.

Eine eigene symphonische Musik fehlt jedoch, es gibt keine mazedonischen Opern, und das Volk hat erst begonnen, eine nationale Literatur zu schaffen.

In Skoplje (Hauptstadt der mazedonischen Volksrepublik) sagte uns der junge Komponist Bogdanov, er sei überzeugt, die mazedonischen Komponisten würden bald mazedonische Opern und Symphonien schreiben. Aus seinen Worten sprach so viel Stolz auf die Erfolge seiner Kollegen, so viel Überzeugung, daß selbst der hartgesottene Skeptiker ihm hätte Glauben schenken müssen...

Mit der gleichen Begeisterung sprach der Arbeiter Kalevski in der Treskafabrik, Skoplje, von den Umgestaltungen, die Mazedonien in nächster Zeit erfahren soll. Er sagte:

„Unsere Republik ist natürlich noch arm, in unseren Bergen aber findet sich Kohle und Eisen. Bei uns gedeihen Tabak und Baumwolle. Wir haben viel Gemüse und Obst. Jetzt wird das alles planmäßig erzeugt und beschafft werden, wie sich das in einer guten Wirtschaft gehört. In etwa fünf Jahren wird unsere Industrie nicht wieder zu erkennen sein, mit unserer Landwirtschaft aber wird es noch schneller aufwärtsgehen. Das steht in unserem Fünfjahrplan, und für seine Erfüllung werden wir ebenso kämpfen, wie wir für unsere Befreiung gekämpft haben...“

* * *

In der Volksrepublik Bosnien und Herzegowina leben Serben und Kroaten. Hier gibt es viele Muselmanen, meist Serben, die während der Türkeneherrschaft zum Islam bekehrt wurden. Das Türkenejoch und der Islam haben sich stark auf ihre Lebensweise ausgewirkt.

Bosnien war früher ein Zankapfel, um den sich nicht nur die Balkanvölker, sondern auch andere europäische Staaten stritten. Die demokratische Lösung der Nationalitätenfrage durch die jugoslawische Regierung hat dieses Streitobjekt in ein Bollwerk des Friedens und der Einheit der Völker Jugoslawiens verwandelt. Die Autonomie, die den Völkern Bosniens und der Herzegowina gewährt wurde, nahm der Weltreaktion und den einheimischen Nationalistengruppchen, die die Einheit der Völker Jugoslawiens zu stören und Zwittertracht und Hader zwischen Serben und Kroaten zu stiften suchten, einen wichtigen Trumpf aus der Hand...

Ich hielt mich längere Zeit in Bosnien auf und hatte Gelegenheit, sein wunderbares, selbstbewußtes, stolzes und freiheitliebendes Volk eingehend kennenzulernen.

Bosnien war eine Feste des Volksbefreiungskampfes. In seinen Bergen entbrannten die heftigsten, langwierigsten Schlachten. Es gibt hier

Bezirke und Städte (Janja, Kozara, Drvar, Jajce), deren Einwohner ausnahmslos am Partisanenkrieg teilgenommen haben.

Ich sah Ruinen, wo einst Städte waren, Brandstätten, wo früher Dörfer standen. Ich sprach mit Leuten, die in diesem Kriege Haus, Habe und Familie, kurz, alles verloren haben. Aber nirgends entdeckte ich Trübsinn, Mutlosigkeit, Unsicherheit. Das Kampflied wurde vom Arbeitshymnus abgelöst. Mit diesem Hymnus auf den Lippen hat das Volk den Aufbau seiner Wirtschaft, seiner Industrie in Angriff genommen.

Die frühere Halbkolonie Bosnien wird unstrittig eine der reichsten und blühendsten Republiken des demokratischen Jugoslawiens werden. Die Berge Bosniens sind reich an Kohle und Erz. Seine Flüsse können viel Elektrizität produzieren. Was die Naturschätze für die Republik bedeuten, mit denen im alten Jugoslawien Raubbau getrieben wurde, ist begreiflich. Der Arbeiter Hasan aus den Eisenbahnwerkstätten von Sarajevo sprach mit mir über die in den nächsten fünf Jahren zu bewerkstelligende Elektrifizierung Bosniens und der Herzegowina. Dr. Draga Ilić erzählte uns von der Errichtung einer neuen Maschinenfabrik in Sarajevo.

Sarajevo ist die Hauptstadt der Volksrepublik Bosnien und Herzegowina. Die Stadt wirkt teils türkisch, teils europäisch.

In dieser Republik tritt besonders anschaulich zutage, wie sich das Land gewandelt und fortentwickelt hat. Auf den Straßen Sarajevos trifft man noch verschleierte Muselmaninnen. Man braucht sich aber nicht zu wundern, wenn eine in den schwarzen Schleier gehüllte Gestalt sich als aktives Mitglied einer Frauenorganisation entpuppt.

In Bosnien gibt es noch viele Analphabeten, sie schämen sich aber bereits ihrer Unwissenheit und beeilen sich, wenigstens Lesen und Schreiben zu lernen. Allein im Ersten Bezirk Sarajevos gibt es 23 Zirkel zur Beseitigung des Analphabetentums. Ich besuchte einen solchen Zirkel in einem muselmanischen Stadtbezirk. Ein junges Mädchen, H. Laćević, ebenfalls Muselmanin und von Beruf Buchhaltungsangestellte im Volksbildungministerium, hält zweimal wöchentlich mit Frauen Unterrichtsstunden ab. Ihre Schülerinnen sind 30 bis 45 Jahre alt.

Als die Frauen erfuhren, daß ich aus der Sowjetunion komme, überschütteten sie mich mit Fragen. Sie wollten alles wissen: wie unsere Frauen leben, wie sie arbeiten, wie sie in den Ehestand treten, wo sie lernen und wie sie ihre Kinder erziehen. Eine fragte mich, ob bei uns die Frauen auch den Schleier tragen. Auf meine verneinende Antwort sagte Hajrija Solak, eine volle, sonst kecke und lachlustige Frau, leise:

„Wir werden diesen verfluchten Vorhang auch bald herunternehmen. Das tun wir ganz bestimmt! Wenn wir nur erst die Alten etwas besänftigt haben.“

„Was kümmert du dich um die Alten?“ fragte ihre Nachbarin sie herausfordernd. „Ich trage keinen Schleier und damit basta!“

„O nein, mit den Alten will ich mir's nicht verderben. Ich habe vier Kinder, das älteste ist 7 Jahre alt. Ich helfe im Frauenbezirkskomitee und lerne dort auch. Wer wird auf die Kinder aufpassen, wenn die Großmutter mit mir böse ist? Lieber mit dem Schleier arbeiten, als ohne Schleier zu Hause sitzen.“

In der Marschall-Tito-Straße sah ich eine verschleierte Zeitungshändlerin. Einmal kam ich mit ihr ins Gespräch. Als sie mich am nächsten Tage wiedersah, grüßte sie mich, und so bahnte sich unsere Bekanntschaft an. Auf der Slawischen Ausstellung trat eines Tages eine junge, schöne Frau in europäischer Kleidung an mich heran.

„Sie erkennen mich natürlich nicht. Ich bin Lola, die Zeitungshändlerin.“

Wir plauderten eine Weile. Lola erzählte mir von sich. Ihr Mann ist Straßenbahnschaffner, „er ist gut und lieb, aber — eifersüchtig“. Zu seiner Beruhigung trägt Lola ihren „Vorhang“.

Die Zahl der Frauen, die, dem jahrhundertenalten Brauch folgend, noch den Schleier tragen, nimmt aber immer mehr ab.

* * *

Der Arbeitsenthusiasmus, das neuartige Verhalten zur Arbeit, zum Betrieb sind Erscheinungen, die ebenfalls das neue System des föderativen Jugoslawiens hervorgebracht hat.

Es findet sich im Lande wohl kaum ein Betrieb, in dem die Arbeiter nicht um höhere Leistungen, bessere Qualität und Senkung der Produktionskosten wetteifern.

Eine populäre Parole heißt: „Dobrovoljni rad na obnovi zemlje“, freiwillige Arbeit zum Wiederaufbau des Landes. Jeder arbeitsfähige Bürger Jugoslawiens, unabhängig von Alter und Beruf, betrachtet es als seine Pflicht, einige Stunden am Straßenbau, an Aufräumungsarbeiten, an Instandsetzungsarbeiten in Dörfern, Fabriken und Städten teilgenommen zu haben. Ich sah etwa 50 in Nationaltracht gekleidete Frauen aus dem Dorfe Zeleznjak in Reih und Glied mit Gesang zur Terazija (Hauptstraße Belgrads) ziehen, wo sie einen ganzen Tag arbeiteten. Die Straße wurde asphaltiert, der Bürgersteig verbreitert, die Straßenbahnschienen entfernt.

Die Einwohner des Fünften Belgrader Bezirks haben es aus eigenem Antrieb übernommen, das Gelände für den Bau eines Hauses der Kultur zu

säubern. In Sarajevo sah ich die Angestellten eines Büros nach der Arbeit mit Fahnen und Musik ausmarschieren, um einen alten vernachlässigten Muselmanenfriedhof im Stadtzentrum, neben dem Regierungsgebäude, aufzuräumen. Innerhalb von drei Tagen wurde der Friedhof, der früher an eine Müllablaststelle erinnerte, in eine schöne Anlage verwandelt.

Es heißt, die Überlandstraße Šamac-Sarajevo wird von Jugendlichen gebaut. Eigentlich nimmt aber das ganze Land, das ganze Volk am Bau teil.

Die Frauen des Dorfes Pisarevo sandten an das Frauenkomitee Kroatiens einen Brief, in dem sie mitteilten, daß sie für den Bau der Landstraße einen 25köpfigen Jugendtrupp aufgestellt und ausgerüstet haben. Für diesen Trupp nähten sie Wäsche und Arbeitskleidung, kauften Schuhwerk und sammelten Lebensmittel. Jetzt bereiten sie einen zweiten Trupp vor und werden ihn ebenso ausrüsten. „Nach der Ernte aber gehen wir selber. Wir sind noch nicht alt, sind gesund und wollen nicht hinter unseren Söhnen und Töchtern zurückstehen“, so schloß ihr Brief.

Das Land, das sehr wenig Industriebetriebe besaß, geht mit Siebenmeilenschritten vorwärts. In Belgrad wurde das Kraftwagenwerk instand gesetzt und eröffnet. In der Umgegend der Hauptstadt wird — übrigens auch von Jugendlichen — eine Maschinenfabrik errichtet. In Zenica, Bosnien, wird ein Hüttenwerk rekonstruiert. Die großen Zinngruben in Trepča, die Kohlengruben in Trbovlje, die Karbidfabrik in Jajce und Dutzende anderer Industriebetriebe sind bereits instand gesetzt und in Betrieb genommen.

Der in diesem Jahr beschlossene Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft des Landes gewährleistet Jugoslawiens Umgestaltung in ein Industrieland mit hochentwickelter Landwirtschaft. Der Plan enthält Maßnahmen, die die Wissenschaft und Kultur zur Blüte führen und die Volkswohlfahrt auf eine hohe Stufe heben werden.

Der Fünfjahrplan entspricht dem Hoffen und Streben der Völker Jugoslawiens. Daher ist die Mobilisierung aller Kräfte zu seiner Erfüllung sichergestellt.

* * *

Das neuartige Verhalten zur Arbeit, das Bewußtsein der Verantwortung vor' dem ganzen Volk, vor dem Staat, hat im Volke tiefe Wurzeln geschlagen. Das ist selbst in den abgelegenen Winkeln des Landes zu beobachten.

In Kroatien, unweit von Otočac, liegt das Dörfchen Švica. Wir suchten es auf, um uns einen Fluß anzusehen, der etwa drei Kilometer

vor dem Dorf im Erdboden verschwindet und hier, in der Nähe eines Sees, wieder an der Erdoberfläche erscheint. Jugoslawien hat mehrere solcher Flüsse, sie heißen dort „ponornicy“. Ein hoher Staudamm verwehrt dem Wasser den Abfluß aus dem See und bildet einen großen und ziemlich starken Wasserfall, der von den Bauern zum Antrieb von Wasser- und Sägemühlen ausgenutzt wird. Solche „Betriebe“ sind im ganzen Lande anzutreffen. Sie sind sehr primitiv eingerichtet. Der Bau steht zur Hälfte im Fluß. Im Erdgeschoß befindet sich die Wasser- oder Sägemühle, im Oberstock die Wohnung des Besitzers.

Wir betraten eines dieser „schwimmenden“ Häuschen. Ein alter Bauer begrüßte uns herzlich. Er zeigte uns die Mühle, die gerade in Betrieb war, lud uns in seine Wohnung ein und bewirtete uns mit rakija (Schnaps). Sein Gehilfe, ein ebenfalls schon alter Bauer, machte sich unseren Besuch zunutze, stellte die Mühle ab und wollte vorzeitig nach Hause gehen. Unser Wirt war aufrichtig entrüstet über diese Ungewissenhaftigkeit.

„Die Mühle ist staatlich. Ich bin hier genau so angestellt wie er. Man vertraut uns, wir aber — wollen dem Staat Arbeitsstunden stehlen. Damit bestehlen wir ja nur uns selbst!“

Seufzend murmelte er noch lange tief bekümmert:

„Ach, diese Menschen, diese Menschen, sie wissen selbst nicht, was ihnen nutzt und frommt!“

Dieser Bauer hat eine interessante Geschichte. Auf der Jagd nach dem „Glück“ wanderte er 1921 nach Amerika aus.

„Ein schönes Glück war das! Sogar Arbeit konnte man nur mit Mühe finden. Ich konnte das Geld für die Rückreise nicht zusammenbringen. Schwer hat es dort der arbeitende Mensch, besonders wenn er aus einem Lande wie dem unseren stammt. Wir Slawen gelten dort überhaupt nicht als Menschen. Hier aber sind wir die Herren. Glauben Sie mir, als ich 1945 an der Wahlurne stand, traten mir Tränen in die Augen, weil mich niemand am Armel zog und mir zeigte, für wen ich stimmen soll... In Amerika ist alles käuflich, sogar das Gewissen... Ja, ja, meine Stimme habe ich dort sechzehn Jahre lang verkauft. Zwei Dollar hat man mir jedesmal dafür bezahlt.“

* * *

Die Volksfront Jugoslawiens ist eine echte Volksorganisation. Unter den Massen genießt sie gewaltige Autorität. Während der Wahlen zu den Volkskomitees befand ich mich in Serbien und wohnte mehreren Wahlversammlungen bei. Das unerschütterliche Vertrauen der Massen zur Volksfront war unverkennbar.

Die Versuche der sogenannten Opposition, die Einheit der Volksfront zu sprengen, werden überall mit Entrüstung zurückgewiesen. Das Volk erkennt ganz klar, wes Geistes Kind diese „Opposition“ ist. Sie ist ein Häuflein von Abtrünnigen, die sich der Reaktion verkauft und die Heimat verraten haben.

In einer Sitzung der Skupschtna hörte ich die Reden von Vertretern dieser Opposition zur Frage des Staatshaushalts. D. Jovanović demagogische Rede wurde anfangs ironisch, aber ruhig angehört. Die unaufrichtigen Komplimente, die er führenden Männern des Landes, den Ministern Ranković, Zujović und Kidrić, machte, lösten Heiterkeit aus. Als aber dieser Demagoge in seiner kriecherischen Weise und feige nach allen Seiten äugend an das Teuerste rührte, was das Volk hat, als er auf die Armee zu sprechen kam, da schlug die Ironie in Entrüstung um. Im Saal der Skupschtna sah man niemand, der seine Ruhe bewahrt hätte. Selbst von der Galerie herab ertönten aus dem Publikum Rufe wie: „Sie beleidigen unsere Armeel“, „Sie vergessen, daß das keine königliche Armee, sondern eine Volksarmee ist!“

Am Schluß der Sitzung meldete sich Jovanović nochmals zum Wort, um „Erklärungen abzugeben“. Ihm antwortete einstimmig der ganze Saal: „Auch so ist schon alles klar.“ Er bestand aber auf seiner Wortmeldung, so daß J. Vidmar, der Vorsitzende, ihm doch das Wort erteilte. Sein Versuch, sich zu rechtfertigen und nachzuweisen, daß man ihn „nicht recht verstanden“ habe, führte zu nichts. In zwei Jahren hat das Land sich überzeugen können, wer, als „Freunde“ und „Brüder“ des Volkes maskiert, durch den Mund dieser Leute redet.

Am nächsten Tage sprach im selben Saal Marschall Tito.

Stürmische, begeisterte Ovationen und Beißungsrufe brausten lange durch den hohen Saal. Tito und das Volk marschieren vereint, wie früher im Kampf gegen die faschistischen Okkupanten, so jetzt im Kampf für den wirtschaftlichen Aufbau des Landes.

Der Marschall sprach über die internationale Lage, die er in einfachen Worten sehr genau umriß, und erwähnte mit tiefer Verehrung und großem Vertrauen die Sowjetunion... Er erntete reichen Beifall. Mit Würde und in der vollsten Überzeugung, daß das jugoslawische Volk das Recht auf seiner Seite hat, sprach er von den Beziehungen zu den USA und England. Er sagte:

„Gegen Jugoslawien ist eine Verleumdungskampagne im Gange. Man sagt, wir seien undankbare Leute. Von was für Dankbarkeit kann hier die Rede sein? Wir haben die Hilfe der

UNRRA nicht als Almosen angesehen. Wir nehmen diese Hilfe von unseren Verbündeten aus der Kriegszeit als Gleiche von Gleichen an...

R. Patterson (der amerikanische Botschafter) tut nichts, um die Beziehungen zu verbessern, im Gegenteil, er tut alles, um sie zu verschlechtern... Offensichtlich gibt er unrichtige Informationen..., er mischt sich in unsere inneren Angelegenheiten ein..."

Die Anwesenden waren mit dem Marschall restlos einverstanden.

Am nächsten Tag ging ich ins Theater. In den Foyers, im Rauchzimmer, überall sprach man nur von der Rede des Marschalls und von internationalen Fragen. Jugendliche und Arbeiter, Menschen aller Altersstufen und Berufe sprachen verstimmt von den „Exverbündeten“, wie die Bevölkerung Jugoslawiens jetzt die Engländer und Amerikaner nennt. Aus dieser Bezeichnung klingt die Enttäuschung des Volkes, das seine Freiheit errungen, seinen Weg gefunden hat und sehr wohl versteht, daß fremde, egoistische Kreise es auf seine Errungenschaften abgesehen haben, die das Volk in Jahren harter Prüfungen

und mit dem Blute seiner besten Söhne erkauf hat. Die Reaktionäre im Ausland, die die Leiden und Qualen des grausamen Kriegs nicht verspürt haben, treiben einen schmählichen Schach und ein niederträchtiges politisches Spiel, in dem sie sich die Schwierigkeiten der befreiten Völker zunutze machen.

Ein kroatischer Arbeiter, der erst 1946 aus den USA zurückgekehrt ist, bemerkte einmal:

„In den USA haben viele Leute an diesem Krieg verdient. Können die denn begreifen, was für Schrecken Europa erlebt hat?... Die Kapitalisten glauben überhaupt, Jugoslawien sei so ein Griechenland oder Italien. Sie möchten von unseren Leiden und unserem Blut profitieren. Aber sie haben sich verrechnet...“

Es genügte, die Belgrader Demonstration am 1. Mai zu sehen, diese Heerschau der Kraft und Lebensfreude eines Volkes, es genügte, die begeisterten Hochrufe auf Marschall Tito und seine Mitkämpfer zu hören, um zu begreifen, daß das Volk Jugoslawiens den eingeschlagenen Weg sicheren Fußes geht. Es ist dies der Weg des Fortschritts und der wahren Demokratie.

KRITIK UND BIBLIOGRAPHIE

Über die progressiven Tendenzen in den englischen Trade-Unions

A. BORISSOWA

IN den letzten anderthalb Jahren wurde auf den Konferenzen der einzelnen englischen Trade-Unions wie auch auf dem Brightoner Trade-Union-Kongreß (Oktober v. J.) in steigendem Maße Kritik an der Labourregierung geübt. Diese Kritik ist ein Ausdruck bestimmter Veränderungen, die in den englischen Trade-Unions vor sich gehen.

Die beiden Weltkriege haben die Werkältigen Englands genügend belehrt und damit das Heranreifen einer progressiven Strömung in den Trade-Unions gefördert. Galt früher die Labourpartei für linker als die Trade-Unions, die ein Bollwerk der engen Fachinteressen und apolitischen Stimmen in der Arbeiterbewegung bildeten, so steht es damit jetzt genau umgekehrt. Die „Meutereien“ der Labourabgeordneten auf den „hinteren Bänken“ des Parlaments sind zweifellos

auch auf den Druck zurückzuführen, den die Millionen Trade-Union-Mitglieder auf ihre Gewerkschafts- und Parteiführer ausüben.

In England erschien 1945, anlässlich des Jubiläums des Maschinenbauerverbandes, ein Buch von James B. Jefferys, „Die Geschichte der Maschinenbauer, 1800—1945“*. Das Buch ist nicht für einen breiten Leserkreis bestimmt und gelangte leider erst mit Verspätung zu uns. Die darin angeführten Tatsachen sind aber nach wie vor sehr interessant, da jetzt, in der Nachkriegszeit, die in der Arbeiterklasse Englands vor sich gehenden Veränderungen immer klarer zutage treten. Jefferys' Buch gibt einen Aufschluß über diese Veränderungen.

* The Story of the Engineers 1800—1945, by James B. Jefferys, Lawrence and Wishart, Ltd., London 1945.

Der Maschinenbauerverband ist ein sehr einflußreicher und großer Verband Englands. Die Webbs rechnen ihn in ihrem Buch „Die Geschichte des Trade-Unionismus“ neben dem Verband der Schiffbauer zu den typischsten Vertretern der Trade-Union-Aristokratie. Er umfaßte meist hochqualifizierte Arbeiter, die erst nach einer fünf- oder sechsjährigen obligatorischen Lehrzeit als solche anerkannt wurden.

Im Laufe der Zeit haben mit den Veränderungen in der Zusammensetzung der in diesem wichtigsten Schwerindustriezweig beschäftigten Belegschaften auch im Verband sehr einschneidende Wandlungen stattgefunden.

Diese Wandlungen traten bereits nach dem ersten Weltkrieg in Erscheinung. Schon damals begann in England der Abbau hochqualifizierter Arbeiter und die „Verwässerung“ (dilution) der Belegschaften mit weniger qualifizierten Kräften, vor allem mit Jugendlichen, die nicht die volle Lehrzeit durchgemacht hatten und offiziell als „halbqualifiziert“ galten, ferner mit erwachsenen Arbeitern aus anderen Berufen und mit Frauen. Jefferys nennt sie Arbeiter „einer neuen Kategorie“.

Jahrhunderte lang rekrutierten sich die Fachgilden aus der Lehrlingschaft. Mit der Einführung der maschinellen Produktion trat an die Stelle dieser Einrichtung die Lehrlingschaft, wie sie von den Gewerkschaften organisiert wurde. Jetzt aber erlebt die Lehrlingschaft, deren Wurzeln noch ins Mittelalter zurückreichen, einen gewissen Niedergang. Jefferys schreibt:

„Der Wechsel in den Werkzeugen und Produktionsmethoden ließ eine neue Klasse von Maschinenbauern entstehen. Der Hauptkanal, durch den dem Gewerbe neue Kräfte zugeführt wurden, war nicht mehr die Lehrlingschaft; die meisten Jugendlichen, die in die Industrie kamen, dienten ihre Lehrzeit nicht ab, und nicht nur Jugendliche kamen jetzt hinzu; Leute aller Altersstufen, die sich in anderen Berufen versucht hatten, strömten in die Industrie. Jetzt arbeiteten nicht nur Jugendliche und Männer in den Werkstätten und auf den Werkshöfen, sondern auch Frauen traten neben ihnen auf den Plan.“ (S. 205.)

Der Autor geht von amtlichen statistischen Angaben über die Industrie aus. So ergaben statistische Ermittlungen für die Jahre 1925/26, daß nur 32 Prozent der Jugendlichen im Alter bis zu 21 Jahren als Lehrlinge im Maschinenbau arbeiteten. Während der Krise von 1930—1933 habe der Gedanke, in die Lehre zu gehen, seinen Stimulus stark eingebüßt. Es hatte keinen Sinn, jahrelang für wenige Groschen zu arbeiten, um sich eine Eignung zu erwerben, die man dann durch lange Arbeitslosigkeit doch wieder verlor. Ein Rundfrage, die der Maschinenbauerverband 1938, also vor Kriegsausbruch,

veranstaltete, ergab, daß in 1332 großen und mittleren Maschinenbaubetrieben nur 16 Prozent der Arbeiter vertraglich verpflichtete Lehrlinge waren.

Eine andere ausschlaggebende und neue Erscheinung im Maschinenbau war, wie Jefferys ausführt, die wachsende Anzahl von Arbeitern aus anderen Berufen. Statistische Erhebungen in der Industrie für die Jahre 1921—1931 ergaben, daß die Zahl der Facharbeiter alter Berufe, wie Schlosser, Dreher und Schmiede, sank, während die Zahl der Arbeiter neuer Berufe, wie Bohrer, Schweißer und Fräser, gleichzeitig bedeutend anstieg. Jefferys schreibt:

„Die Teilung und Unterteilung der Produktionsprozesse und die Verwendung von Spezialmaschinen und Montagefließbändern ermöglichte es Leuten ohne direkte Erfahrung im Maschinenbau, Produktionsarbeit in vielen dieser neueren Berufe zu übernehmen. Daher wurden Arbeiter in diesen Berufen gewöhnlich unter der allgemeinen Bezeichnung ‚Halbqualifizierte‘ zusammengefaßt (zweifellos, um sie schlechter zu bezahlen. — A. B.)... In der Praxis umfaßte die Bezeichnung ‚Halbqualifizierte‘ aber einen weiten Kreis verschiedener Qualifikationen...“ (S. 206.)

Auch die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte im Maschinenbau nahm zu. Viele von ihnen wurden zu den „Halbqualifizierten“ gerechnet. Im Jahre 1907 waren nur 3 Prozent aller im Maschinenbau Beschäftigten Frauen, 1924 bereits 8,5 Prozent, 1930 10 Prozent und 1935 13,2 Prozent.

Der hochqualifizierte Arbeiter alten Typs hat also, wie Jefferys ausführt, seine zahlenmäßige und auch sonstige Überlegenheit im Betrieb eingebüßt. Er ist von den Arbeitern neuer Berufe verdrängt worden, die jetzt die dominierende Stellung innehaben. Diese Arbeiter waren frei von den seit Jahrzehnten eingebürgerten trade-unionistischen Traditionen und Anschauungen. Das Bestreben der Gewerkschaftsführung, sie in die Routine des Trade-Unionismus einzuspannen, stieß auf ernste Schwierigkeiten, vor allem darum, weil die meisten dieser Arbeiter bedeutend schlechter gestellt sind als die sogenannte „Arbeiteraristokratie“, der die herrschende Klasse so manchen Brocken zufallen läßt.

Die Verminderung der qualifizierten Arbeiterschaft alten Typs wirkte sich unmittelbar auch auf die Mitgliedschaft des Maschinenbauerverbandes aus. Der Verband, so schreibt Jefferys, sei nun nicht mehr lediglich ein Verband von Schlossern und Drehern, da diese Berufe ihre von 1851 datierende herrschende Stellung eingebüßt haben. Gleichzeitig ist der Prozentsatz der Arbeiter neuer Berufe unter den Gewerkschaftsmitgliedern gestiegen. Nach langem und hartnäckigem Kampf hat die Gewerkschaft sie in ihre Reihen aufgenommen.

Im Jahre 1926 wurden im Maschinenbauverband zwei neue Sektionen gebildet, die die meisten der sogenannten „Halbqualifizierten“ aufnahmen. Schon 1936—1939 gehörten durchschnittlich 58 Prozent aller dem Verband beitretenden neuen Mitglieder diesen Sektionen an, woraus folgt, daß der Verband in diesen Jahren hauptsächlich durch den Beitritt qualifizierter Arbeiter der neuen Berufe gewachsen ist, die eine Lehrzeit, wie sie für die traditionellen Berufe verlangt wird, nicht durchgemacht haben.

Jefferys bringt eine nach Sektionen eingeteilte Tabelle der Verbandsmitglieder, als da sind: qualifizierte und halbqualifizierte Arbeiter, Jugendliche, Frauen, Arbeiter aus anderen Industriezweigen. Vergleicht man die Ziffern für die vier Jahre: 1926, 1933, 1939 und 1944, so weist die Sektion der qualifizierten Arbeiter respektive 78,9 Prozent, 76,5 Prozent, 47,5 Prozent und 30 Prozent auf, die Sektion der Halbqualifizierten aber 11,3 Prozent, 16,2 Prozent, 39,3 Prozent und 42,2 Prozent. Die Verdrängung der qualifizierten Arbeiter durch sogenannte Halbqualifizierte geht also sehr rasch vonstatten, wodurch der Verband ganz offensichtlich seinen Charakter wechselt.

Der zweite Weltkrieg hat diese Prozesse noch mehr beschleunigt. Eine neue Welle von Arbeitskräften strömt in die Fabriken und Werke. Außer den früheren Arbeitslosen und Arbeitern aus anderen Industriezweigen und aus dem Handel sind das in der Hauptsache Frauen, die zum erstenmal in die Fabrik gehen. Der Maschinenbau hat derartig viel weibliche Arbeitskräfte aufgenommen, daß die Gewerkschaft im Januar 1943 eine spezielle Frauensektion bilden mußte, zu der gleich damals an die 15 Prozent der Verbandsmitgliedschaft zählten.

Im Flugzeugbau stellten die Frauen 40 Prozent der Belegschaft dar, während es vor dem Kriege (1935—1937) nicht mehr als 7 Prozent gewesen waren. In den Artilleriebetrieben arbeiteten während des Krieges mehr Frauen als Männer.

Die Frauen haben begonnen, am Gewerkschaftsleben aktiven Anteil zu nehmen. Viele Frauen wurden in die Betriebsräte gewählt und sind auch in den führenden Gewerkschaftsorganisationen aufgetaucht. Die Parole: Gleiche Arbeit — gleicher Lohn! ist jetzt natürlich besonders aktuell.

Alle erwähnten strukturellen Veränderungen, die die Arbeiterklasse Englands in diesen Jahren erfahren hat, ziehen aber auch noch eine andere äußerst wichtige Folge nach sich: sie beschleunigen den Prozeß der Umwandlung der Fachverbände in Industrieverbände.

* Die Schaffung einheitlicher Industrieverbände, die alle qualifizierten und unqualifizierten Arbeiter

eines Industriezweiges vereinen, gehört zu den aktuellsten und wichtigsten Aufgaben der englischen Gewerkschaftsbewegung.

Nur wenn die Gewerkschaftsbewegung Englands in erster Linie ihre organisatorische Struktur ändert und die Verbände auf der Basis von Industriezweigen aufbaut, kann sie die muffige, spießerhaite Atmosphäre des Fach-Trade-Unionismus verlassen und zu einer progressiven Gewerkschaftsbewegung der Massen werden. Trotz allem Widerstand der meisten Trade-Union-Führer, für die eine solche Umwandlung nicht selten den Verlust des Platzes an der Futterkrippe bedeutete, schwenkt die englische Gewerkschaftsbewegung doch auf diesen Weg ab. Die englische Arbeiterklasse erkennt sehr wohl, daß sie, in Massenindustrieverbänden vereinigt und in geschlossenen Reihen marschierend, nicht nur im Kampf für ihre wirtschaftlichen Interessen gegen die Einheitsfront der Unternehmer an Kräften gewinnt. Große, einflußreiche Industrieverbände sind im Kampf der Arbeiterklasse um wirtschaftliche und soziale Umgestaltungen ein durchaus ernst zu nehmender Faktor. Als Beispiel kann der Einfluß dienen, den die in einem einheitlichen Landesverband zusammengeschlossenen Bergarbeiter auf die Verstaatlichung der Kohlenindustrie ausgeübt haben.

Während des Krieges hat sich die Vereinigte Gewerkschaft der Maschinenbauer aus einem Fachverband in den Industrieverband der Arbeiter der Metallverarbeitungsindustrie verwandelt. Im Dezember v. J. schloß dieser sich der Konföderation der Schiffbau- und Maschinenbauindustrieverbände an, die rund 2 Millionen Mitglieder umfaßt. Das ist von großer Bedeutung und zeigt, daß die progressiven Tendenzen über die veralteten organisatorischen Formen zersplitterter Fachverbände gesiegt haben.

Die Arbeiteraristokratie verliert als Agentur des Monopolkapitals in der Arbeiterklasse ihre frühere Bedeutung und hat ihre Rolle ausgespielt. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Nachkriegszeit, die zunehmenden zentrifugalen Strömungen in den Ländern des Britischen Reiches, der Rückzug, den der englische Imperialismus vor seinem Seniorpartner, den USA, auf der ganzen Linie angetreten hat, alle diese Erscheinungen haben auch in der englischen Gewerkschaftsbewegung bedeutende Veränderungen herbeigeführt. Die Oberschicht der privilegierten und konservativeren Arbeiteraristokratie wird immer dünner. Nicht nur die breiten Arbeitermassen, sondern auch diese privilegierte Oberschicht wird in ihrer Lebenshaltung beeinträchtigt.

Breite Schichten der Arbeiterklasse betreten die Arena des öffentlichen Lebens, sie erheben

ihre Stimme auf Konferenzen und Kongressen der Gewerkschaften und können von den Trade-Union-Führern nicht mundtot gemacht werden.

Unter den Millionen, die auf der vor kurzem abgehaltenen Labourparteikonferenz von Margate für die Resolution über die Einschränkung der bewaffneten Kräfte stimmten, befanden sich zahlreiche Mitglieder der Vereinigten Gewerkschaft der Maschinenbauer und des Handelsangestelltenverbandes.

Über die gesteigerte politische Aktivität der Werktätigen Englands als natürliche Folge der Erfahrungen, die sie im Kampf gegen den Faschismus gesammelt haben, schreibt Jefferys:

„Große Arbeitslosigkeit in allen Industrien während der Jahre zwischen den beiden Kriegen, Depression im Maschinenbau ... und wachsende Gefahr des Faschismus haben immer größere Teile der Gewerkschaftsbewegung erkennen lassen, daß sogenannte „politische“ Fragen nicht völlig von „Fachfragen“ zu trennen sind und nicht denen überlassen werden dürfen, die gewählt wurden, damit sie die Arbeiterschaft im Parlament vertreten. Dies hat bewirkt, daß die Gewerkschaftsbewegung sich einen umfassenderen Begriff von „politischer“ Aktion zu eigen gemacht hat. Der Kriegsausbruch bestätigte die Notwendigkeit einer breiteren politischen Aktion und ließ klar zutage treten, daß der Preis der Freiheit ewige Wachsamkeit ist...“

Trotzdem mit Parolen wie: „Überläßt es den Fachleuten“ und „Die Verbände sollen sich nicht in Strategie und Politik einmischen“ Barrieren aufgerichtet wurden, zögerten die Maschinenbauer nicht, in Betriebs- und Gruppenversammlungen, durch Bezirks- und Landeskomitees und durch den Exekutivrat machtvoll ihre Stimme gegen die Schlappschwänze und Befrieder zu erheben. Auf Zweifel an der Möglichkeit oder Notwendigkeit einer zweiten Front in Europa ... antworteten sie mit Resolutionen für unverzügliche Eröffnung der zweiten Front, für volle Unterstützung der Sowjetunion und für eine einheitliche militärische Strategie.“ (S. 252.)

Wie Jefferys schreibt, war der Sommer 1941, als die Hitlerschen Heerhaufen ihren trebrüchigen Überfall auf die Sowjetunion verübten, für den Maschinenbauerverband von außerordentlicher Bedeutung. Für die einfachen Mitglieder sei dies der „Wendepunkt von einer Periode der ... Passivität ... zu einer Periode der Aktion“ gewesen.

Der Drang der breiten Arbeitermassen Europas nach wahrer Demokratie, nach Beteiligung am gesellschaftlichen und staatlichen Leben ihrer Länder nicht nur während der Wahlen und im Parlament ist auch für die englischen Werk-

tägen charakteristisch. Der Krieg und die Fehler, die die herrschenden Klassen während der Krisenjahre vor dem Krieg begangen haben, sind ihnen allzu teuer zu stehen gekommen, als daß sie darauf verzichten könnten, ihre Konsequenzen zu ziehen. Daher auch der Drang der Arbeitermassen Englands nach wirtschaftlichen und sozialen Reformen, daher auch die scharfe Kritik an der Führung der Labourpartei und an der Regierung, die ihre Wahlversprechungen nicht erfüllt haben, eine Kritik, die besonders auf Gewerkschaftskongressen und Gewerkschaftskonferenzen laut wird.

Auf einer Konferenz des Einheitsverbandes der Zugführer und Heizer in Hastings, die gleichzeitig mit der Labourparteikonferenz von Margate tagte, wurde eine Resolution angenommen, in der die Außenpolitik der Regierung folgendermaßen kritisiert wird:

„Der Übernahme der marktschreierischen kapitalistischen USA-Politik werden Anspielungen auf einen kommenden Zusammenbruch vorausgeschickt. Die Konferenz ist der Meinung, daß eine sozialistische Regierung ihre Außenpolitik, wo immer das nur möglich ist, logisch auf die aus dem großen antifaschistischen Kampf hervorgegangenen neueren Demokratien und auf die progressive UdSSR ausrichten sollte.“

Kelland, der Vorsitzende des Verbandes, sagte auf der Konferenz:

„Es stimmt etwas nicht, wenn wir Rußland mit der Faust drohen und dem faschistischen Spanien, Franco die vom Blute gemarterter Arbeiter triefende Hand drücken.“

Vor kurzem tagte eine Konferenz der Elektrizitätsarbeitergewerkschaft, deren Vertreter in Brighton eine Resolution gegen die Bevinsche Politik eingebracht hatten. Diese Konferenz nahm die wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung und ihre „Politik der Kompromisse mit den großen Geschäftskreisen“ aufs Korn.

Wir könnten eine Unmenge solcher Resolutionen anführen, die klar erkennen lassen, daß die progressiven Tendenzen in der englischen Gewerkschaftsbewegung heranreifen, wie sehr sich auch die Leitung des Trade-Union-Kongresses dagegen stemmen mag.

Jefferys beschränkt sich in seiner „Geschichte der Maschinenbauer“ auf Tatsachen und zieht keine weiteren Schlußfolgerungen. Diese Schlußfolgerungen drängen sich dem Leser aber ganz von selbst auf.

9. Juni

Der italienische Ministerpräsident de Gasperi gibt in der Verfassunggebenden Versammlung eine programmatische Erklärung der neuen Regierung ab.

10. Juni

Polen und die Schweiz unterzeichnen eine Reihe von Wirtschaftsverträgen.

In Helsinki beginnt der Prozeß gegen eine illegale terroristische Jugendorganisation.

11. Juni

A. A. Gromyko, der Vertreter der Sowjetunion im Sicherheitsrat, gibt in der Sitzung der UNO-Atomenergiekommission eine Erklärung über die grundlegenden Bedingungen ab, die für den Abschluß einer internationalen Konvention über Atomenergiekontrolle unerlässlich sind.

Das Große Sobranje Bulgariens akzeptiert die Niederlegung der Mandate von 23 oppositionellen Abgeordneten.

Das Brüsseler Kriegsgericht verurteilt 25 belgische Hitlerfaschisten zum Tode durch Erschießen.

12. Juni

Die Sowjetisch-Amerikanische gemischte Koreakommission veröffentlicht in Söul ein Communiqué über das bei der Konsultation der koreanischen demokratischen Parteien und Organisationen in Nord- und in Südkorea zu befolgende Verfahren.

Der fünftägige Eisenbahnstreik in Frankreich endet nach Bewilligung der Lohnforderungen der Ausständigen.

In Budapest beginnt der Prozeß gegen die dritte Gruppe von antirepublikanischen Verschwörern.

Der bekannte Hitlerrabant Dr. Guido Schmidt wird vom österreichischen Gericht freigesprochen.

In Iraklion (Kreta) schließen Gendarmen auf eine Gewerkschaftsdelegation, die dem Gouverneur die Forderung nach Freilassung des

CHRONIK DER INTERNATIONALEN EREIGNISSE

Juni 1947

inhaftierten Vorsitzenden und Sekretärs des städtischen Gewerkschaftsrats überbringen wollte.

13. Juni

Abreise einer Delegation der Sowjetgewerkschaften unter Führung von M. G. Kosin nach Finnland.

Massendemonstration in Prag zu Ehren der Generalratstagung der Weltföderation der Gewerkschaften.

Die jugoslawische Regierung verlangt von der USA-Regierung Vergütung des Sachschadens, den die amerikanischen Besatzungsbehörden der jugoslawischen Donauflotte zugefügt haben.

Die Nationalversammlung Frankreichs ratifiziert den Friedensvertrag mit Italien.

In Delhi findet eine Tagung des Vollzugsausschusses der Indischen Landeskönföderation der Völker der Fürstentümer (All-Indian Confederation of Peoples of the Principalities) statt zur Erörterung der durch den englischen Aufteilungsplan für Indien entstandenen Lage.

Das UNO-Sekretariat gibt die Ernennung Wilder Footes, Pressechefs der amerikanischen Delegation, zum Leiter des neuen Presse- und Publikationsbüros bekannt.

14. Juni

Unter Führung von Generalleutnant A. S. Gundorow reist eine Delegation des Slawischen Komitees der UdSSR zur Teilnahme an der zweiten Plenartagung des Allslawischen Komitees aus Moskau nach Warschau ab.

Die Generalratstagung der Weltföderation der Gewerkschaften beschließt einstimmig eine Resolution zur Unterstützung der von der Kuomintangregierung unterdrückten demokratischen Gewerkschaftsbewegung in China.

USA-Präsident Truman unterzeichnet das Gesetz über die Ratifizierung der Friedensverträge mit Italien, Ungarn, Rumänien und Bulgarien.

Der ungarische Ministerrat genehmigt den Gesetzentwurf über den ökonomischen Dreijahrplan.

Der von einer deutschen Entnazifizierungsspruchkammer zu 8 Jahren Gefängnis verurteilte Hjalmar Schacht wird von der amerikanischen Besatzungsbehörde in Deutschland zeitweilig auf freien Fuß gesetzt. Er soll einem Sonderverhör unterzogen werden.

Die Verfassunggebende Versammlung Italiens verlängert ihre Vollmachten bis zum 31. Dezember 1947.

Der aus Ungarn geflohene ehemalige Ministerpräsident Ferenc Nagy trifft in New York ein.

Debatte im schwedischen Riksdag über faschistische Umrübe in Schweden.

15. Juni

Die Sowjetpresse veröffentlicht eine Mitteilung des Informationsbüros des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten der UdSSR zu der Erklärung der britischen Regierung über die Lage in Ungarn, die als ein neuer Versuch der Einmischung Englands in die inneren Angelegenheiten Ungarns zu qualifizieren ist.

In Ulan-Bator wird eine Mitteilung des Außenministeriums der Mongolischen Volksrepublik veröffentlicht über den am 5. Juni von einem chinesischen Truppenteil provozierten Grenzkonflikt im Raum des Berggrunds Baitak Bogda (Baitaschan).

Der rumänische Industrie- und Handelsminister G. Gheorghiu-Dej und der Landwirtschaftsminister T. Savulescu treffen in Moskau ein.

Eröffnung des 5. Kongresses der finnischen Gewerkschaften in Helsinki.

16. Juni

In Warschau wird die zweite Plenartagung des Allslawischen Komitees eröffnet.

— In Moskau wird eine ordentliche Tagung des Exekutivkomitees der Weltföderation der demokratischen Jugend eröffnet.

— Gunnar Myrdal, geschäftsführender Sekretär des UNO-Wirtschaftsausschusses für Europa, trifft in Moskau ein.

Die erste Tagung des UNO-Wirtschaftsausschusses für Asien und den Fernen Osten wird in Schanghai eröffnet.

— In Warschau wird eine Note der polnischen Regierung an die Regierung Englands anlässlich der Beteiligung offizieller englischer Vertreter an der Beisetzung von Raczkiewicz veröffentlicht.

— Die Volksstaatsanwaltschaft in Budapest eröffnet das Untersuchungsverfahren in Sachen Ferenc Nagy und Béla Varga.

Das Landeskomitee des Indischen Nationalkongresses akzeptiert den englischen Indienplan, der Indien in Hindustan und Pakistan teilt.

— Zweihunderttausend USA-Seeleute treten für Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung in den Streik.

— Neue Reiskrawalle in Tschengtu (Hauptstadt der chinesischen Provinz Szetschuan).

17. Juni

Der englische Außenminister Ernest Bevin trifft in Paris ein.

VERLAGSANZEIGEN

VERLAG „DIE JUNGE GARDE“

Neuerscheinungen:

F. BUBLEINIKOW — *Die Schätze der Erde*. 168 S., Rbl. 2,50

Populärwissenschaftliche Abhandlungen über die in der Erdrinde vor sich gehenden chemischen Prozesse.

M. GUBELMAN — *Laso*. 304 S., Rbl. 6,— Lebensabriß des berühmten sibirischen Partisanenführers.

J. MALZEW — *Heiße Quellen*. 428 S., Rbl. 14,50
Roman aus dem kollektivwirtschaftlichen Leben.

STAATSVERLAG FÜR GEOGRAPHISCHE LITERATUR

Neuerscheinungen:

N. M. PRZEWALSKI — *Die Mongolei und das Land der Tanguten*. Eine dreijährige Reise durch das ostasiatische Hochland. Mit einer Einleitung herausgegeben von E. M. Mursajew. 334 S., Rbl. 17,— Mit Kartenbeilagen.

P. P. SEMJONOW-TIEN-SCHANSKI — *Reise nach dem Tienschan 1856/57*. Erste Ausgabe, durchgesehen von L. S. Berg und mit einer Einleitung von N. G. Fradkin. 256 S., Rbl. 14,—

M. G. REISSER — *Afghanistan*. Eine wirtschaftsgeographische Schilderung. Herausgegeben von Professor I. A. Witwer. (In der Serie „Geographie der kapitalistischen Länder“.) 152 S., Rbl. 5,—

G. D. RICHTER — *Der Norden des europäischen Teils der UdSSR*. Physikalisch-geographische Beschreibung. 192 S., Rbl. 7,—

S. N. RJASANZEW — *Kirgisen*. Eine wirtschaftsgeographische Schilderung. Mit einem Vorwort von Akademiemitglied A. A. Grigorjew. 192 S., Rbl. 9,50

GEOGRAPHISCHE PROBLEME. Erster Band. 208 S., Rbl. 10,—

Inhalt: N. N. Sokolow — Der Geograph Lew Semenowitsch Berg. L. S. Berg — Über den vermuteten Zusammenhang zwischen den großen Eiszeiten und der Gebirgsbildung. I. S. Schtschkin — Versuch einer genetischen Klassifikation von Relieftypen. I. P. Gerassimow — Strukturelle und skulpturelle Besonderheiten des Reliefs von Kasachstan. N. J. Dik — Über die Umgestaltungen des Reliefs einer See- und Hügellandschaft. W. Razek — Pih. Pobedy. W. I. Monachowa — Zur Frage der zonalen und nötzonalen Landschaft. J. G. Sauschkin — Die Kulturlandschaft. A. A. Polowinkin — Die Besonderheiten des Klimas Transbaikaliens, des Amurgebiets und der Fernostküste. B. P. Alissow — Zur Klimatologie der dem Ferghanatal zugewandten Abhänge der Gebirgszüge von Ferghana und Tschatkal. K. K. Markow — Aktuelle Probleme der Gletscherkunde und der paläozoischen Gletscherkunde. B. A. Apollow und I. W. Samoilow — Untersuchung des Niveaus des Kaspischen Meeres. G. W. Nikolski — Die Veränderungen der Ichthyofauna der Utscha als Folge der Errichtung des Utscha-Staubeckens. A. S. Barkow — Über wissenschaftliche Heimatkunde. A. I. So-

W. JEWGENJEW-MAXIMOW — *Nekrassow*. (In der Serie „Das Leben hervorragender Menschen“.) 168 S., Rbl. 4,—

P. IGNATOW — *Aufzeichnungen eines Partisanen*. Zweites und drittes Buch. Literarische Redaktion von P. Lopatin. 504 S., Rbl. 17,—
Inhalt: „Das unterirdische Krasnodar“, „Die blaue Linie“.

J. MALZEW — *Heiße Quellen*. 428 S., Rbl. 14,50
Roman aus dem kollektivwirtschaftlichen Leben.

lowjow. — D. N. Anutschin, der Begründer der geographischen Schule der russischen Universitäten (1843—1923). K. M. — Betrachtungen der amerikanischen Presse über die horizontale Bewegung (die Drift) der Festlandsgebiete. K. M. — Sigurdur Thorarinsson. „Tefrokronologiska Studier po Island“. K. M. — Douglas Johnson (1878—1944). I. D. Paparin — Die Moskauer Zweigstelle der Geographischen Gesellschaft der UdSSR.

GEOGRAPHISCHE PROBLEME. Zweiter Band. 192 S., Rbl. 10,—

Inhalt: J. G. Sauschkin — Die komplexe Entwicklung der Wirtschaftsgebiete der UdSSR im vierten Planjahrzehnt. N. N. Barański — Über die wirtschaftsgeographische Untersuchung von Städten. I. M. Maiergois — Die geographische Lage Stalingrads. I. A. Witwer — Paris. S. W. Bernstein-Kogan — Die Binnenschifffahrt der USA. W. M. Hochman — Neue Schätzungen über die Mineralienlager der USA. I. Starostin — 200 Jahre geographischer Atlas des Russischen Reichs von 1745. A. I. Preobraschenski — Hundert Jahre Wirtschaftsatlas von Nikolai Kirow.

P. A. SCHUMSKI — *Die Energie der Vereisung und das Leben der Gletscher*. 64 S., Rbl. 2,50

SERIE „RUSSISCHE REISENDE“

D. L. ANDREJEW, S. MATWEJEW — *Hervorragende Erforscher des bergigen Mittelasiens*. Herausgegeben von N. G. Fradkin. 96 S., Rbl. 3,—

Aufsätze über P. P. Semjonow-Tien-Schanski, N. A. Sewerzow, A. P. Fedtschenko, I. W. Muschketow.

O. A. BAJAN — *Die ersten Erforscher Zentralasiens*. Herausgegeben von N. G. Fradkin. 78 S., Rbl. 2,—

Aufsätze über N. M. Przewalski, W. I. Robrowski, P. K. Koslow.

L. KAMANIN — *Die ersten Erforscher des Fernen Ostens*. 80 S., Rbl. 2,—

Inhalt: Wladimir Atlassow und die Entdeckung Kamtschatkas. Der erste Erforscher Kamtschatkas. Reise Wassili Pojarkows aus Jakutsk nach dem Amur und dem Ochotskischen Meer. Die Entdeckungen G. I. Newelskis am unteren Amur.

Alles in russischer Sprache.

DIE NEUE ZEIT

ERSCHEINT WÖCHENTLICH

IN

RUSSISCHER,

ENGLISCHER,

FRANZÖSISCHER

UND

DEUTSCHER SPRACHE

DIE NEUE ZEIT

BEFASST SICH MIT FRAGEN DER AUSSENPOLITIK
DER UdSSR UND ANDERER LÄNDER UND DEN
AKTUELLEN VORGÄNGEN DES INTERNATIONALEN
LEBENS.

DIE NEUE ZEIT

ENTHÄLT BEITRÄGE VON GELEHRTEN, SCHRIFT-
STELLERN, PUBLIZISTEN, GEWERKSCHAFTSFÜHRERN
UND ANDEREN PERSONALICHKEITEN DES ÖFFENT-
LICHEN LEBENS.